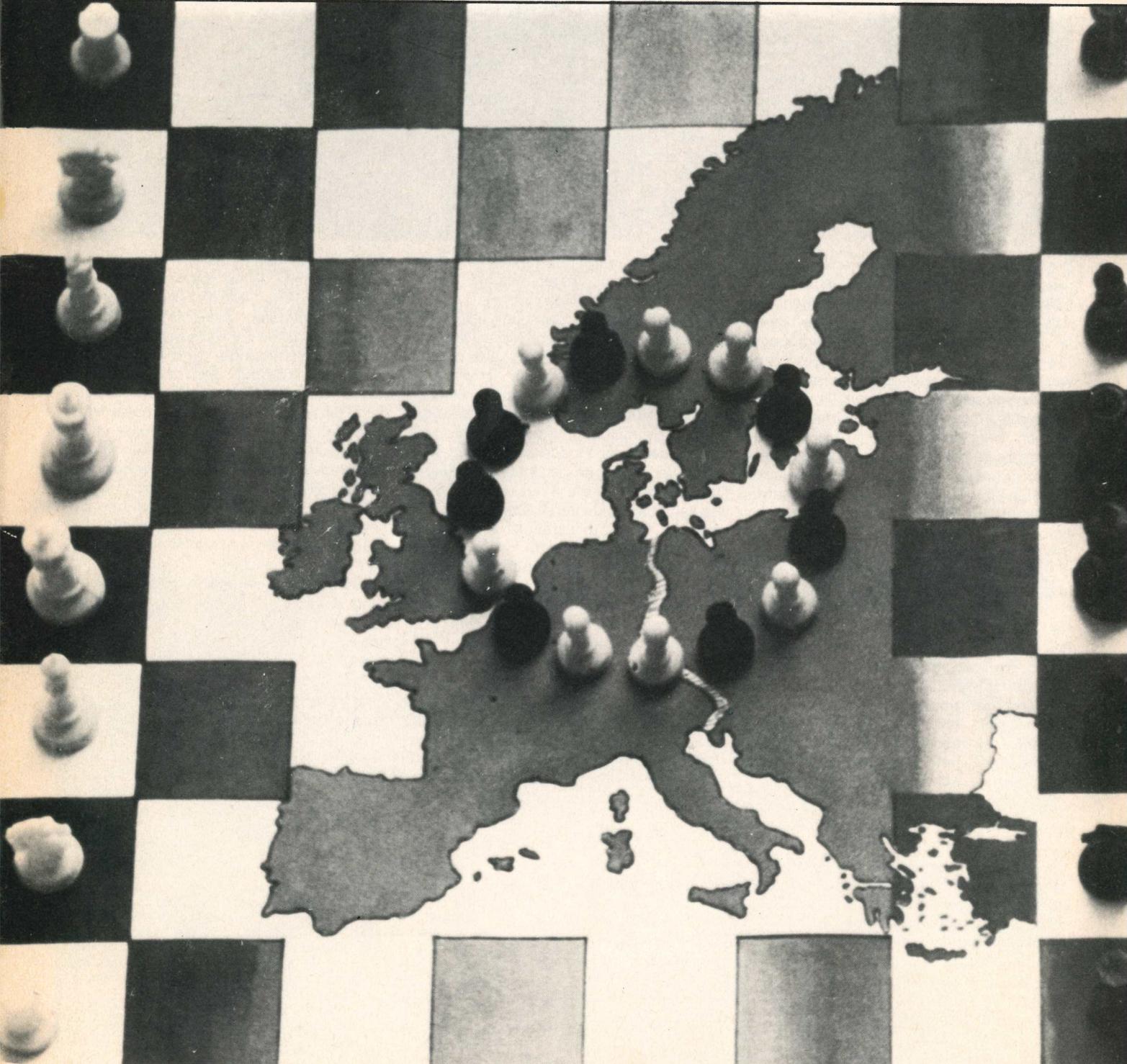


über leben

1. Jahrgang · Nr. 3/1982, November 1982

ZEITSCHRIFT FÜR ALTERNATIVE SICHERHEITSPOLITIK



Schwerpunktthema: **Alternative
Verteidigungskonzepte**

WARUM ALTERNATIVEN ?

Notwendigkeit und Chancen alternativer Verteidigungskonzepte

Von Roland Koch



Einer zunehmend aufgeklärten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland fällt es nicht mehr schwer, zu erkennen, daß wir gegenwärtig eine Sicherheitspolitik betreiben, mit der im Verteidigungsfall alles zerstört wird, was geschützt werden sollte: Unser Land, unsere Freiheit und unser Leben. Es ist kein Geheimnis mehr, daß schon der Einsatz eines kleinen Teils der bei uns gelagerten atomaren, chemischen und biologischen Waffen (zu unserer angeblichen Verteidigung) Mitteleuropa in eine auf viele Jahrzehnte unpassierbare Wüste verwandeln würde. Selbst von offizieller Seite wird inzwischen bestätigt, daß die – für uns tödliche – Strategie eines regional begrenzten, aber atomar und chemisch „integrierten Schlachtfelds“ Mitteleuropa nicht nur ein realistischer Bestandteil der gegenwärtigen NATO-Strategie ist, sondern auch in Manövern in der Bundesrepublik erprobt und durch die Stationierung neuer ABC-Waffen perfektioniert wird.

Nachdem wir in Heft 1 mit dem Schwerpunktthema „Probleme der Angst“ und in Heft 2 mit dem Schwerpunktthema „Heutige Abschreckungsstrategie“ die

Irrationalität dieser bisherigen Verteidigungsplanung vor Augen geführt haben, wollen wir im vorliegenden Heft 3 von ÜBERLEBEN einen Überblick über alternative sicherheitspolitische Modelle geben.

Heute liegen Modelle zu alternativen Verteidigungskonzepten vor, sowohl zu *militärischen Defensivkonzepten* als auch zu *nichtmilitärischen gewaltfreien Konzepten*. Es müßte unserer Meinung nach die Aufgabe der Friedensbewegung sein, neben der Kritik an den neuen nuklearen Offensivwaffen – die ja nur verdeutlichen, wie sehr die nukleare Abschreckungsstrategie zu einer nuklearen Kriegsführungsstrategie weiterentwickelt wurde – die Öffentlichkeit auf realistische alternative Verteidigungskonzepte hinzuweisen.

Im ersten Abschnitt geht es dabei um militärische Defensivkonzepte. Mit konventionellen zielsuchenden Waffen von ganz kurzer Reichweite soll hier eine raumdeckende, aus vielen kleinen autonomen Einheiten bestehende Verteidigungsstruktur aufgebaut werden, die einen konventionellen Angriff zu Lande oder aus der Luft abwehren kann, ohne die eigene Bevölkerung dabei zu vernichten und

ohne die Nachbarländer in ihrem Gebiet zu bedrohen. Eine solche militärische Defensivstruktur würde dem Angreifer keine „lohnenden“ Ziele bieten (z.B. zentrale militärische Einrichtungen und technische Großverbände) und damit einen bremsenden Einfluß auch auf die gegnerische Rüstung nehmen. Der überwiegende Teil der heutigen konventionellen Rüstung der Bundeswehr würde auch überflüssig, wenn wir ausschließlich kurze Abwehrsysteme – die heute schon entwickelt sind – gegen Land- und Luftangriffe im Dienst behielten und uns von der offensiven Panzerarmee und der noch weiterreichenden Luftwaffe trennen würden.

Gerade hier zeigt sich, daß die Forderung mancher Politiker nach einer kostspieligen neuen konventionellen Aufrüstung sich mit einer solchen defensiven Verteidigungsstruktur jedenfalls nicht begründen läßt (vgl. die Äußerungen des neuen Bundes-Verteidigungsministers Wörner). Im Gegenteil, General Löser hat in einem Report-Interview darauf hingewiesen, daß eine solche Umstrukturierung der Bundeswehr nicht nur eine reale

Inhalt

Roland Koch: Warum Alternativen?	2–3
Horst Afheldt: Friedenspolitik mit militärischen Mitteln in den 90-er Jahren	4–6
Jochen Löser: Weder rot noch tot	7–9
Alfred Mechttersheimer: Umriss einer neuen Sicherheitspolitik	10–11
Johann Galtung: Vier Wege	12
Synopse über alternative Sicherheitskonzepte	14–15
Friedenserziehung – Anregungen für die Praxis	16
Rudolf Bahro: Atomwaffenfrei? – Ja bitte!	17–18
Andreas Buro: Sechs Thesen	19
Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen!	20
Großengstingen: Einübung gewaltfreier Blockade	21
Alva Myrdal: Der Nord-Süd-Gürtel	22
Theodor Ebert: Abhalten statt abschrecken!	23–24
Gerda Zellentin: Soziale Verteidigung als ökologische Notwendigkeit	25
Rätsel/Unser Wort zum Sonntag	26
Bücher/Zitate	27
Impressum/Beilagenhinweis	2

Impressum

Herausgeber: Initiativkreis Neue Sicherheitspolitik, Ausschuß der Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V.; Anschrift: Waltraud Günther, Amalienstr. 89, 8000 München 40, Tel. 089/28 16 64
Verleger: Waltraud Günther/Matthias Hoppe/Roland Koch, alle München
Redaktion: Roland Koch (V.i.S.d.P.), Hans Bischlager, Waltraud Günther, Matthias Hoppe, Gerd Kaindl, Harald Theml
Layout: Matthias Hoppe
Fotos: Hoppe (Titel), SV-Bilderdienst (S. 3, 13, 18, 22, 24), Bernhard & Graefe Verlag, München (S. 4, 12), Buro (S. 19), privat (S. 26), Bischlager (S. 28)
Erscheinungsweise: einmal vierteljährlich
Verkaufspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM
Satz: Compotext, München
Druck: Helmut Gerber GmbH, Unterhaching
Beilagenhinweis: Der gesamten Auflage liegt der Aufruf „Bonner Hearing“ des Initiativkreises Neue Sicherheitspolitik bei.

Verteidigungschance eröffnen würde, sondern auch kostengünstiger und personal-sparender sei als die bisherige Bundeswehr.*

Diese Argumente belegen die Notwendigkeit, die verantwortlichen deutschen Politiker zu einer Diskussion über alternative Verteidigung zu drängen, wozu vor allem die beiliegende Unterschriftsliste „BONNER HEARING“ dienen soll. Solange die Politiker nicht gezwungen werden, öffentlich zu einer alternativen Verteidigung Stellung zu nehmen, werden sie ein leichtes Spiel mit der Friedensbewegung haben, indem sie sie gegen die Bevölkerung ausspielen, die lieber eine atomare Verteidigung hat als gar keine.

Auffallend ist, daß einige Vertreter der militärischen Defensivkonzepte wie Afheldt und Löser noch an der strategischen Nuklearkomponente der Blockführungs-macht der USA festhalten, was dem Defensivkonzept klar widerspricht, weil dadurch weiterhin die Vernichtungsdrohung aus dem Bündnis erhalten bliebe. Es handelt sich wohl auch eher um eine – m.E. falsche – Konzession an die in der NATO dominierenden amerikanischen Sicherheitsinteressen und ein mangelndes Vertrauen in die europäische Fähigkeit, ein für richtig erkanntes Defensivkonzept notfalls auch im Rahmen einer gesamteuropäischen Neutralität durchzusetzen. Die Bundesrepublik ist aus ihren Entstehungsbedingungen heraus wohl nicht

*) Löser wies aber auch auf wesentliche Hindernisse für die Durchsetzung einer militärischen Defensivstruktur hin: und zwar das Festhalten am alten Panzerschlachtkonzept bei vielen Militärs, die Festlegung der Sicherheitsstrategie in der NATO und die langfristige Bindung an Offensivsysteme durch Bestellungen bei der Rüstungsindustrie.

souverän genug, um ein solches Konzept gegen amerikanische Interessen durchzusetzen, deshalb sollte auch die deutsche Friedensbewegung eine enge europäische Zusammenarbeit anstreben und auch die Kontakte zur amerikanischen Friedensbewegung vertiefen.

Im zweiten Abschnitt stellen wir gewaltfreie Formen der sozialen Verteidigung vor, die darauf abzielen, jeden militärischen Kampf sowohl atomar als auch konventionell völlig zu vermeiden. Ein möglicher Aggressor soll dadurch um die Früchte seines Handelns gebracht werden, das für ihn auf der einen Seite die Kosten der Besetzung durch zivilen Widerstand enorm gesteigert werden und auf der anderen Seite sein Nutzen durch passive Verweigerung der arbeitenden Bevölkerung stark verringert wird. Solche gesamtgesellschaftlichen Widerstandsformen bedürfen aber einer intensiven Vorbereitung und Einübung, um nicht nach spontanen Aktionen zusammenzufallen, wie in der CSSR und in Polen, und um auf den potentiellen Gegner eine abhaltende Wirkung zu entfalten.

Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung bei uns – weg von der sozialen Solidarität, hin zum leistungsorientierten Konkurrenzverhalten – scheinen die Realisierungschancen der sozialen Verteidigung in die Ferne zu rücken. Dennoch bleibt sie ein wichtiger Orientierungspunkt auf dem Weg zu regeltem gewaltfreiem Konfliktaustrag zwischen den Staaten, vergleichbar der rechtsstaatlichen Sicherheit, die wir innerstaatlich für realisierbar halten.

Keine Alternative sehen wir in der Rüstungskontrollpolitik, (siehe ÜBERLEBEN Nr. 2, S. 3) oder in der schönen Floskel vom Gleichgewicht auf „mög-

lichst niedrigem Niveau“. Beides hat in der Vergangenheit und Gegenwart zu neuer Aufrüstung geführt. Auch die Pläne einer minimum deterrence (Minimalabschreckung) von George Kennan, eines Disengagements (Auseinanderrücken der Blöcke) oder eines Einfrierens der gegenwärtigen Atompotentiale sind für sich genommen keine Alternativen. Denn eine Begrenzung der Quantität führte bisher immer zu einer Weiterentwicklung der Qualität von Waffen.

Die erste Friedensbewegung in den 60er Jahren ist zum Teil gerade daran gescheitert, daß sie in der Kritik an der Atomrüstung verharrete und keine Alternativen zur atomaren Abschreckung aufzeigte. Wir sollten uns aber hüten, Alternativen dort zu sehen, wo sie nur den Vorwand zur Aussonderung von veraltetem Kriegsmaterial und zur waffentechnologischen Innovation liefert.

Unabhängig von einer Festlegung auf defensiv-militärische oder auf gewaltfreie zivile Alternativen in der Verteidigungsstruktur sind angesichts der geltenden atomaren Selbstmordstrategie erste konkrete Schritte erforderlich:

- ein Verbot von atomaren, chemischen und biologischen Waffen auf unserem Boden mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa
- eine Reform des NATO-Bündnisses zugunsten europäischer Überlebensinteressen, gegen eine amerikanische Befehlsgewalt und eine kraß ungleiche Risikoverteilung
- eine einseitige Abrüstung sämtlicher Offensivwaffen in der Bundeswehr, um dadurch auch auf der Gegenseite Offensivwaffen in einen Rechtfertigungszwang zu stellen.



Freiheitsmarsch der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung 1966: Ein Vorbild für gewaltfreie Aktionen der internationalen Friedensbewegung

FRIEDENSPOLITIK MIT MILITÄRISCHEN MITTELN IN DEN 90-ER JAHREN

Von Horst Afheldt

1. Kriterium:

Den Krieg so unwahrscheinlich wie möglich machen.

Oberstes Ziel unserer Sicherheitspolitik ist, den Krieg so unwahrscheinlich wie möglich zu machen.

Sicherheitspolitik, die sich ein Wettrüsten aufrötigen läßt, verstößt gegen dieses Ziel, weil sie langfristig den Frieden gefährdet.

Sicherheitspolitik, die sich in Art und Umfang der eigenen militärischen Vorbereitungen nicht von den Vorbereitungen des Gegners möglichst weitgehend unabhängig machen kann, gibt auf einem der wichtigsten Sektoren unseres staatlichen Handelns das Ziel Unabhängigkeit von vornherein auf.

Die Bundesrepublik muß deshalb im Bündnis eine Verteidigungsstrategie anstreben, die es gestattet, Art und Umfang der eigenen Rüstungsanstrengungen von der Rüstung der Gegenseite in möglichst weiten Grenzen unabhängig zu halten. In der gewählten Verteidigungsstrategie muß deshalb insbesondere mehr Rüstung für keine der beiden Seiten zu einem relevanten militärischen Vorteil führen.

2. Kriterium: Keine Präventions- bzw. Präemptionsprämie

Die Position keiner Seite darf sich dadurch wesentlich verbessern, daß sie im Krisenfall als erste den Krieg auslöst.

Betrachtet man unsere derzeitigen Verteidigungsvorbereitungen unter diesem Kriterium näher, trifft man auf einen Katalog von Maßnahmen, die rechtzeitig getroffen werden müssen. Rechtzeitig aber ist der Gegensatz zu nicht rechtzeitig. Rechtzeitig handeln zu müssen bedeutet deshalb, in einer Krise zu einem bestimmten Zeitpunkt militärische Maßnahmen auslösen zu müssen – unabhängig davon, ob dies aus politischen Gründen erwünscht ist oder nicht.

Der Verlauf eines Krieges in Zentraleuropa hängt bei der derzeitigen Strategie des Warschauer Paktes und der von der NATO gewählten Verteidigungsstrategie (Vorne-Verteidigung) derart von Prävention und Präemption ab, daß Karber in seinem bekannten Aufsatz über die „taktische Revolution in der sowjetischen Militärdoktrin“ zu dem Schluß kommt:

„Im Falle einer Krise wird eine zunehmend stärker werdende Gruppe im sowjetischen Oberkommando bereits bei einer wesentlich weniger akuten politischen Spannungssituation als bisher für präemptives Vorgehen plädieren.“

Militärische Vorbereitungen, die derart die Kriegswahrscheinlichkeit in ernstesten Krisen heraufsetzen, laufen ihrem politischen Zweck, den Krieg unwahrscheinlich zu machen, diametral entgegen.



Der als erstes fliegendes Panzerabwehr-Waffensystem der Bundeswehr in Dienst befindliche PAH-1 auf der Basis der Bo-105 ist mit sechs Panzerabwehr-Lenkraketen HOT bewaffnet, die eine Höchstreichweite von 4000 m haben.

3. Kriterium: Verteidigungsmittel und Verteidigungsstrategien müssen unsere soziale und wirtschaftliche Struktur sichern

Die Verteidigungsmittel und die Verteidigungsstrategien der NATO in Europa müssen sich notfalls – wenn die Abschreckung versagen sollte – einsetzen lassen, ohne das zu zerstören, was sie sichern sollen: unsere soziale und wirtschaftliche Struktur.

Die Bedingung, alle durch eine Option ausgelösten Schäden zu minimieren, schränkt den Bereich anwendbarer militärischer Mittel drastisch ein. Denn mit der Zerstörung jedes militärisch wichtigen Zieles entsteht in der Bundesrepublik ein ziviler Schaden (collateral damage). Wieviel Schaden, hängt einmal davon ab, wo auf dem Territorium der Bundesrepublik sich das militärische Ziel befindet.

Zum anderen von den Waffen, die zur Zerstörung des Ziels benützt werden. Welche Waffen der Gegner zur Zerstörung anwendet, hängt davon ab, welche Waffen ihm zur Verfügung stehen und wie widerstandsfähig das Ziel ist.

Hat der Gegner Waffen, die unakzeptablen Schaden verursachen können und die man nicht abwehren kann, fordert rationale Strategie, dafür zu sorgen, daß der Gegner für diese Waffen nicht auch noch eine militärisch sinnvolle oder gar entscheidende Einsatzoption findet. (Prinzip: Keine die Zerstörung militärisch lohnenden Ziele zu bilden).

Damit wird der Schutz der Zivilbevölkerung und der materiellen Werte in der Bundesrepublik („Zivilschutz“) in einer rationalen Planung Teil der militärischen Strategie. Er determiniert Einsatzstrategie, Taktik und Einsatzort für unsere Verbände mit.

Zivilschutz im engeren Sinne reduziert sich auf begrenzte Aufgaben, die sich wegen ihrer Begrenzung dann auch lösen lassen. Beispiele für solche Aufgaben sind: Bevorratung, begrenzte Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem offenen Land in unverteidigte Großstädte, Sanitätsdienst usw.

Zur militärischen Sicherung Westeuropas nur solche Waffensysteme und Strategien zuzulassen, die nicht zur Bildung militärisch wichtiger und faßbarer Ziele führen, hat weitreichende militärische Konsequenzen: Jede Verteidigungslinie (Front) bildet ein Ziel, sei die Frontverteidigung starr (Maginot-Linie), sei sie beweglich (Vorne-Verteidigung der NATO).

4. Kriterium: Kernwaffen der NATO dürfen keine militärischen Aufgaben übertragen werden.

Kernwaffen der NATO dürfen im Verteidigungs- und Abschreckungskonzept keine militärischen Aufgaben übertragen werden.

Dem Gegner dürfen für seine Kernwaffen keine Einsatzmöglichkeiten geboten werden, die militärisch sinnvoll oder gar entscheidend sind.

Für Kernwaffen bleiben daher im Abschreckungskonzept der NATO nur noch politische Aufgaben.

Kernwaffen ausschließlich zu politischen Aufgaben zu verwenden, befreit von militärischen Sachzwängen. Denn der Zeitpunkt für politische Einsätze ist weitgehend von der Entwicklung der militärischen Lage unabhängig. So wächst die Zeitspanne, die für die notwendigen Entscheidungen zur Verfügung steht. Drohungen können an die Stelle sofort nötiger Einsätze treten, weil kein sofortiger militärischer Erfolg notwendig ist. Drohungen und Warnungen eröffnen den politischen Kontext neu oder halten ihn offen. Die Wahrscheinlichkeit der politischen Deeskalation steigt so, die der Eskalation aus militärischen Sachzwängen sinkt.

5. Kriterium: Einsatz militärischer Mittel nur bei einem erfolgten Angriff

Militärische Mittel der NATO in Mitteleuropa und die Verteidigungsstrategie müssen eindeutig nur anwendbar sein, wenn ein Angriff des Warschauer Paktes auf unser Territorium erfolgt ist. (Objektiv, aufgrund der aufgebauten Kapazitäten nur reaktiv-defensive Optionen.)

Das Kriterium, nur solche Optionen zu entwickeln, die eindeutig ausschließlich anwendbar sind, wenn ein Angriff des Warschauer Paktes auf unser Territorium erfolgt ist (reaktive, Zweitschlags-Optionen), wird so für Friedenspolitik zur zwingenden Ergänzung des Kriteriums 3, das fordert, daß sich die Strategien, auf denen unsere Sicherheitspolitik beruht, auch durchführen lassen, wenn es trotz Abschreckung zum Kriege kommen sollte. Friedenspolitik mit militärischen Mitteln, die das Kriterium 3 akzeptiert, ist deshalb nicht denkbar, wenn sie nicht gleichzeitig das Kriterium 5 erfüllt.

Reaktiv, nur einsetzbar, falls ein Angriff stattgefunden hat, ist nicht iden-

tisch mit defensiv. Die Forderung ist schärfer, ist ein Spezialfall defensiver Planung. In der Praxis wird sie sich nur aus defensiven Planungen im weiteren Sinne entwickeln können. Eine scharfe Trennung der Terminologie dürfte aus diesem Grunde in der Übergangszeit nicht zweckmäßig sein.

Die moderne Technologie begünstigt die Entwicklung rein defensiver Strategien. Oberst Goblirsch beschreibt diese technische Entwicklung folgendermaßen:

„Als Erkenntnis für die 90er Jahre kann gelten: Jedes sich ungedeckt bewegende Großgerät wird mit großer Wahrscheinlichkeit rasch aufgeklärt, jedes aufgeklärte Ziel kann mit hoher Treffsicherheit bekämpft werden, jedes getroffene Ziel wird mit Sicherheit vernichtet.“

Und er schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Verteidigung gewinnt.“

6. Kriterium: Moderne Technologie begünstigt die Verteidigung

Die moderne Technologie ist nicht nur zur Verbesserung von Waffensystemen, sondern vor allem zur Entwicklung von Strategien zu nutzen, die effizient in der Verteidigung, und nur in der Verteidigung gegen einen vorangegangenen Angriff sind (reaktive, Zweitschlags-Verteidigung).

Diese Zielsetzung wiederum hat die Entwicklung der Waffentechnologie zu steuern.

Modelle für eine neue Sicherheitspolitik in Europa

Zweck der hier vorgelegten Modelle ist:

1. Die Behauptung zu widerlegen, die oben aufgeführten sechs Kriterien der Friedenspolitik mit militärischen Mitteln seien grundsätzlich unerfüllbar.

2. Anzuregen, über die Fortentwicklung der vorgelegten Modelle nachzudenken oder andere Modelle zu entwickeln, die die Kriterien ebensogut oder besser erfüllen.

In der vorgelegten Form werden die Modelle nie Realität werden. Denn die Übergangszustände zu einer Sicherheitspolitik, die den vorgelegten Kriterien genügt, werden aller Wahrscheinlichkeit nach durch einen Mix aus alten Verteidigungsformen und Formen der Modelle bestehen müssen.

Aus dem politischen Zweck, „Freiheit und Unabhängigkeit unserer Länder von militärischer Bedrohung und politischer Pressure zu schützen“, und den für rationale Optionen aufgestellten 6 Kriterien ergeben sich die Aufgaben, die den militärischen Machtmitteln des Bündnisses zu stellen sind.

Wir formulieren diese Aufgaben im Rahmen des Modells so:
Aufgabenkomplex I:

Erste Aufgabe der nicht-nuklearen militärischen Mittel der NATO in Europa ist es, im Rahmen der für rationale Einsatzoptionen gegebenen Bedingungen dem Gegner den Angriff auf Zentraleuropa und die Besetzung von NATO-Territorien politisch und militärisch so teuer wie möglich zu gestalten. (Glaubhafte, nicht-

nukleare Abschreckung begrenzter Tragweite).

Zweite Aufgabe der nicht-nuklearen militärischen Mittel der NATO in Europa ist es, im Rahmen der für rationale Einsätze gültigen Bedingungen ein fait accompli in Europa zu verhindern. Um so den Vereinigten Staaten Zeit zu geben, ihre Machtmittel, insbesondere ihre nuklearen Mittel, zur Geltung zu bringen.

Aufgabenkomplex II:

Aufgabe der nuklearen Mittel der NATO-Partner, insbesondere der Mittel der USA, ist es, Optionen bereit zu halten, die auf eine für die USA und ihre europäischen Verbündeten rationale Weise dem gemeinsamen Interesse an der Wiederherstellung des Status quo dienen.

Notwendige Voraussetzung für eine solche Rationalität ist die Begrenzung des Gewaltniveaus. Voraussetzung für die Begrenzung des Gewaltniveaus ist, daß die nuklearen Mittel ausschließlich nach politischen Kriterien verwendet werden.

Ein erstes Modell zur Erfüllung dieser Aufgaben haben wir aus den Gedanken entwickelt, die der französische Major Brossollet in seinem Buch „Essai sur la non-bataille“ dargestellt hat. Auf diese Darstellungen Brossollets, die inzwischen auf deutsch in dem Band „Verteidigung ohne Schlacht“ von Spannocchi und Brossollet erschienen sind, wird verwiesen. Ebenso verweisen wir auf die Auseinandersetzungen mit dem Konzept Brossollets in „Verteidigung und Frieden“, aus der sich ergibt, an welchen Stellen die Vorstellungen Brossollets verworfen, weiterentwickelt oder ergänzt werden mußten, um zu dem von uns vorgelegten ersten Modell zu gelangen.

Techno-Kommandos

Grundlage des Modellkonzepts bilden Techno-Kommandos von je etwa 20 Mann. Diese Kommandos sind mit Panzerabwehrwaffen (z.B. Milan-Raketen), Sperrmitteln (Minen) und leichten Infanteriewaffen ausgerüstet (leichte, stationäre Techno-Kommandos).

Die technische Ausrüstung dieser leichten Techno-Kommandos soll für den spezifischen Zweck der Abwehr beweglichen schweren Geräts des Gegners optimal sein (zielsuchende Raketen, halbautomatische und automatische Zerstörungsmittel). Die Bezeichnung Techno-Kommandos soll deutlich machen, daß es sich nicht um primitiv ausgerüstete Einheiten handelt, sondern um Einheiten, denen Abwehrwaffen des höchstmöglichen technischen Standards in genügender Zahl zur Verfügung stehen.

Jedem leichten Techno-Kommando wird bereits im Frieden ein Bezirk der Bundesrepublik zugewiesen, in dem es stationiert und für den Einsatz ausgebildet wird. Versagt die Abschreckung, wird das Kommando in diesem seinem Bezirk autonom seine Aufgabe erfüllen, den feindlichen Vormarsch so weit wie möglich zu verhindern bzw. zu stören.

(bitte umblättern)

Lückenloses Netz von Techno-Kommandos über die Bundesrepublik Deutschland

Alle leichten Techno-Kommandos bilden ein Netz, das die gesamte Bundesrepublik lückenlos überzieht. Die Dichte des Netzes kann den örtlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Im Durchschnitt deckt jedes Kommando rund 20 km². Die Großstädte können nicht zum Kampfgebiet gemacht werden, weil es die Aufgabe der Soldaten ist, die Zivilbevölkerung zu schützen, if deterrence fails, nicht aber ihre Vernichtung herauszufordern. Das Gebiet der Bundesrepublik umfaßt etwa 248 000 km².

Rechnet man Großstädte und Hochgebirge ab, bleibt eine Fläche von etwa 200 000 km², die durch Techno-Kommandos verteidigt werden muß. Somit ergibt sich ein Bedarf von rund 10 000 leichten Kommandos.

Jedes leichte Techno-Kommando hat eine Nachrichten-Gruppe. Das Netz dieser Kommandos kann zu jeder Zeit ohne Mehraufwand eine realistische Lageübersicht geben und erhalten.

Die Techno-Kommandos werden zur Bekämpfung von Angriffen aus der Luft

mit leichten Luftabwehr-Raketen ausgerüstet. Der Personalbedarf für diese Luftabwehr wird mit 5 Mann je Kommando geschätzt.

Um eng begrenzte Panzervorstöße (Vorstöße in Korridoren) unmöglich zu machen, sollten die stationären Kommandos des Netzes außer mit leichten Panzerabwehr-Raketen kurzer Reichweite (z.B. Milan) auch mit weiterreichenden zielsuchenden Raketen ausgerüstet werden. Diese Raketen müssen eine Reichweite von mindestens 25 km haben, um Angriffe auf weniger als 50 km Breite unattraktiv zu machen. Diese Waffen dürfen wiederum nicht geortet werden können. Mini-cruise-missiles und von geeigneten Trägern abgeschossene TGSM (Terminally Guided Submissiles) dürften diese Bedingungen erfüllen. Ordnet man jedem leichten stationären Techno-Kommando eine solche Trägerraketen-Einheit zu, ergibt sich ein weiterer Personalbedarf von ca. 6 Mann je Techno-Kommando.

Betrachtet man die Wirksamkeit des skizzierten Netzes autonomer Techno-Kommandos, so ergibt sich nach den Annahmen Brossollets schon bei der heutigen technischen Ausrüstung (Milan): Im statistischen Durchschnitt zerstört jedes

Techno-Kommando in seinem Bezirk 3 feindliche Panzer, falls es angegriffen wird.

Hat das Netz die Effizienz, die Brossollet ihm anhand von Manövern zuschreibt, können allein die leichten Kommandos den Panzerbestand des Warschauer Paktes weitgehend absorbieren, wenn der Warschauer Pakt versuchen sollte, das gesamte Territorium der Bundesrepublik mit seinen mechanisierten Verbänden zu besetzen.

Wir sehen in diesen Berechnungen keinen Beweis dafür, daß ein so ausgerüstetes Netz eine realistische Alternative für die 90er Jahre darstellt. Wir schließen aber:

Können mit Panzerabwehrwaffen des derzeitigen Typs bereits relevante Abwehrerfolge erzielt werden, ist es aussichtsreich, für die 90er Jahre Verteidigungsformen zu entwerfen, die mit spezifisch entwickelten Waffensystemen dem Zweck unserer Verteidigung wesentlich näher kommen, als es eine Verteidigung durch schwere bewegliche Verbände vermag.

Fragt man nach der Wirksamkeit solcher Verteidigungsformen in den 90er Jahren, muß man berücksichtigen, daß der allgemeine Trend der Technik diesen Modellen entgegenkommt:

Miniaturisierung führt dazu, daß die Zerstörungsmittel von immer kleineren Einheiten und immer schwerer auffindbar immer wirksamer (auf größere Entfernung und zielgenauer) gegen schweres Material eingesetzt werden können. Auch den Trend weiterer Automatisierung nutzen Einsatzoptionen nach Art des Modells optimal:

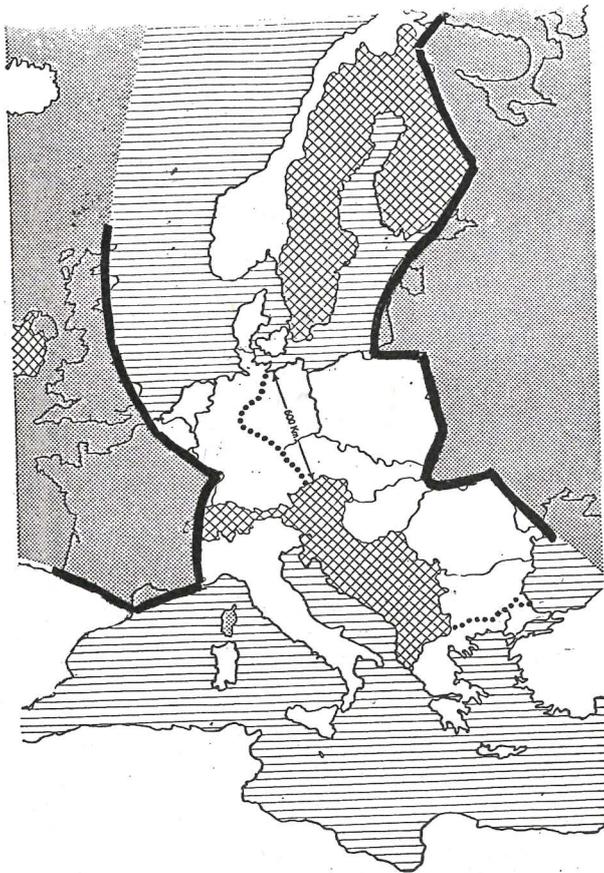
Weil das Konzept auf Panzer und schwere, mobile Verbände verzichtet, können Sperren und automatische Zerstörungsmittel, die gegen mechanisierte Einheiten wirksam sind, ohne Rücksicht auf eigene Verbände eingesetzt werden. Ebenso sind automatische, auf Panzer ansprechende Raketen oder Drohnen (unbemannte Flugzeuge) anwendbar, da sie keine eigenen Panzer gefährden können.

Optimal für halb- oder gar vollautomatische Waffen ist der Einsatz in der Tiefe des Raumes. Denn ein in der Tiefe des Raumes vorrückender Feind läuft auf immer neue, in Ruhe vorbereitete Automaten auf, ohne das Reservoir an automatischen Waffen in einer Zone (Front) zu erschöpfen und ohne die Möglichkeit zu finden, in einer Zone konzentrierte Waffensysteme durch massive Zerstörungsmittel außer Funktion zu setzen.

Von besonderer Wichtigkeit ist, die Rolle der Streitkräfte der europäischen NATO-Partner und die der amerikanischen Streitkräfte auch in einem solchen Konzept so zu verteilen, daß sichergestellt wird, daß das Bündnis als Ganzes reagiert.

Die Aufgabe ist lösbar. Wieweit man die Gelegenheit der Neuformulierung unserer Verteidigungsstrategie dazu benutzen kann, den einzelnen nationalen Verbänden spezielle Aufgaben zuzuweisen um so die Kostenwirksamkeit der Anstrengungen des Bündnisses zu steigern soll hier offenbleiben.

In Europa leben 400 Millionen Menschen in Staaten, die keine eigenen Atomwaffen haben



- Nukleare Grenzen
- Trennungslinie der Blöcke
- Atomwaffenfreie Staaten, keine Mitglieder von Militärbündnissen
- Staaten ohne eigene Atomwaffen, Mitglieder von Militärbündnissen

WEDER ROT NOCH TOT

Von Generalmajor a.D. Jochen Löser

Für die Begründung meiner Alternativen: „Weder rot noch tot“ bin ich vor kurzem aufgefordert worden, einige Fragen zu beantworten.

Erstens: Was ist Friede?

1. Für die freie Welt kann Friede nur bedeuten, daß Freiheit und Menschenwürde des Einzelnen und die Selbstbestimmung der Völker gültige Maßstäbe sind.
2. Krieg ist im atomaren Zeitalter nicht mehr die Fortsetzung der Politik, sondern ihr Ende.

Für eine Sicherheit ohne Feindbilder

3. Strategien müssen somit – wie die heutige NATO-Strategie es ja auch sein soll – Kriegsverhinderungsstrategien sein. Eigene Sicherheit schließt die des Gegners und des Partners mit ein. Meine beste Sicherheit ist die, wenn ich meine Partner davon überzeugen kann, daß er in diesem System auch sicher sein kann. Das heißt, eine Sicherheit ohne Feindbilder und ohne Bedrohung.

4. Militärisches Gleichgewicht ist daher für mich nicht mehr die Versicherungspolice für den Frieden.

5. Ich muß also Erhaltungsstrategien an die Stelle von Abschreckungs- und Vernichtungsstrategien setzen. Es ist einfach, daß die Menschen Strategien noch auf ihrer eigenen Selbstzerstörung aufbauen und sich einbilden, das könnte den anderen abschrecken, der ja auch vom Selbstmord bedroht ist.

Diese Überlebensstrategien umfassen den Schutz der *Menschen* nicht nur gegen Kriegsgefahr, sondern auch gegen Armut, Hunger und Umweltschäden, die den Frieden gegen Ende unseres Jahrhunderts noch stärker als die Waffen gefährden können. Die Menschheit steht noch vor viel elementareren Herausforderungen als es die militärischen Probleme zwischen den Nationen heute sind. Dieser gemeinsamen Bedrohung aller muß man mit Erhaltungsstrategien begegnen.

6. Neben einer Optimierung der Kräfte in Raum und Zeit sind die geistigen Kräfte, der Willen der Völker entscheidend. Der Wille zur Selbstbehauptung und zur Notwehr gegen alle Bedrohungen von innen und außen. Der Konsens, dies mit atomaren Waffen zu tun, ist nicht mehr vorhanden. Die Bevölkerung wehrt sich gegen ihre Geiselfunktion.

7. Für die Sicherung des inneren Friedens, von Angst frei zu sein, und des äußeren Friedens, nämlich Überleben und Freiheit zu sichern, muß nach neuen Wegen gesucht werden.

Ich meine eben, daß ohne militärische Defensivmittel der Friede nicht gesichert werden kann – wobei ich natürlich der Überzeugung bin, daß in erster Linie politische Ziele und politische Lösungen da sein müssen.

Aber die Strategie ist ein Ganzes, mit ihren politischen Zwecken und verschiedenen Gebieten. Dabei ist das Militärische ein kleiner Teil davon, wenn auch ein wichtiger, der eingebunden werden muß. Ich halte diesen militärischen Teil für notwendig, weil wir eben in einer schlechten Welt leben, die nicht so ist, wie Kant sie gern gehabt hätte.

Das, was wir heute haben, z.B. unsere Strategien und unsere politischen Strukturen, sind eigentlich Fossilien von gestern, nicht die Zukunft.

NATO-Strategie ist nicht mehr glaubwürdig

Ich behaupte, die NATO-Strategie ist nicht mehr logisch, nicht mehr glaubwürdig. Sie wirkt weder nach außen abschreckend noch nach innen vertrauenswürdig.

Zum Wandel der nuklearen Strategie: Ich behaupte, daß die NATO-Strategie nicht mehr glaubwürdig sei, weil die Triade (strategisch-nuklearer Waffen, konventionelle Waffen, taktisch-nukleare Waffen) in ihrem Verbund – siehe Weißbuch – nicht mehr realistisch und in ihren Elementen zu schwach ist.

Ich komme jetzt zum Wandel der Elemente. Wir haben bei der Entwicklung der Nuklearpotentiale folgende Erkenntnisse gewonnen: die Atomwaffen sind präziser geworden, sie (siehe Neutronenwaffen) können sich damit mehr zum militärischen Mittel entwickeln, das heißt, sie fordern zum ersten Schlag heraus. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite haben Forschungen ergeben, daß zwei entscheidende Wirkungsfaktoren uns bedrohen. Der eine Faktor ist die Untersuchung über den „Fallout“. Das ist nicht mehr so wie früher, als man sagte, der Fallout sei begrenzt in einer bestimmten Windrichtung. Sondern man hat in der Nebenwirkung den Effekt erkannt, daß Partikel bis in 49 bis 80 km Höhe getrieben werden können und innerhalb von drei bis fünf Jahren auf die Erde zurückfallen können.

Da die Erde ja rotiert, haben Wissenschaftler errechnet, daß der verzögerte Fallout in kleinen radioaktiven Wolken – egal durch welche Nuklearwirkungen ausgelöst – die Menschheit noch bis zu einem Zeitraum von 5 Jahren bedroht, also auch Leute, die überhaupt nichts mit diesem Krieg zu tun hatten. Das heißt also, die Wirkung der Nuklearwaffen ist noch viel umfassender negativ und unkontrollierbar als allgemein bekannt. Die Wirkung ist umso schlimmer, je mehr eine Bodendetonation und umso geringer als Höhendetonationen stattfinden.

Verheerender elektromagnetischer Impuls

Das zweite ist ein ganz entscheidender Effekt. Sie haben überall vom elektronischen Impuls oder MP-Effekt gehört. Dieser Effekt ist enorm: Bei Detonation eines Atomsprengkörpers (von 10-20 KT) in einer Höhe von 100 km werden durch elektromagnetische Impulse sämtliche elektromagnetischen Zellen u. Leitungen im Radius von 2400 km ge- und zerstört werden. Das betrifft alle zivilen Einrichtungen, betrifft besonders die Kernkraftwerke, deren Sicherheitssystem in kürzester Zeit abgeschaltet sein kann und dann eine Fusionswirkung erster Güte im sogenannten Gau-Bereich ausgelöst werden kann. Das heißt, alle zivilen Versorgungseinrichtungen fallen aus. Das Interessante dabei ist, daß auch in militärischen Bereichen alle Sensoren, alle Raketen, alle Funkgeräte ausfallen.

Das sind also zwei große entscheidende Wirkungen, die die Technik in unser Leben gebracht hat. Deshalb ist es einfach fragwürdig geworden, daß überhaupt Menschen noch mit nuklearen Strategien umgehen und die Menschen in einer Geiselfunktion in diesen Strategien einsetzen, wo C.F. von Weizsäcker gesagt hat, daß eine Strategie nicht das Vernichten darf, was sie erhalten soll, nämlich die eigene Substanz.

Nun ist es für Soldaten sehr schwer, Stellung zu nehmen, weil sie in der NATO eingebunden sind und in der nuklearen Abschreckung die größere Chance sehen müssen, weil die konventionellen Mittel im Hinblick auf die nuklearen vernachlässigt wurden. Die Frage ist also, was kann geschehen? Hier bietet die Technik wieder neue Hoffnungen, weil es im Kleinwaffenbereich auch heute schon Sperrsysteme und Panzer-Abwehrsysteme gibt, die mit konventionellen Mitteln gegen militärische Ziele mit z.B. Panzer mehr ausrichten können als Neutronenwaffen, Sperrsysteme, die in einer Schutzzone, in der sogenannten Vorneverteidigung an der Grenze eine *alternative Verteidigung ohne atomaren Erstschlag* ermöglichen.

Nach diesem gewandelten Verhältnis der Technik kann man sich auch politisch und strategisch neue Prioritäten überlegen. So für den Schutz des Territoriums, Schutz der gesellschaftlichen Substanz und Schutz der Menschen selber.

Schutz ist das erste Ziel einer neuen Strategie und ihrer militärischen Möglichkeiten. Viele werden sagen, das sei utopisch. Aber es muß eine politische und gesellschaftliche Lösung gefunden werden, weil ich der Ansicht bin, daß nur ein Verteidigungskonzept, was von den Menschen gewollt ist, auch mitgetragen wird. Ich erinnere hier an die Kämpfe gegen Napoleon, wo ein ganzes Volk aufstand und dem Diktator widerstanden hat.

Kriegsvölkerrecht steht auf unserer Seite

Das Kriegsvölkerrecht steht auf unserer Seite. Dieses Kriegsvölkerrecht schützt im § 51 die Bevölkerung, denn es verbietet den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln auf bevölkerungsstarke Gebiete.

Es kann sich keine Demokratie leisten, gegen das Kriegsvölkerrecht eine Strategie zu entwickeln, denn das Grundgesetz verbietet ja dem Soldaten außerhalb der nationalen oder der internationalen Normen seinen Auftrag zu erfüllen.

Ich sehe das Sicherheitssystem als ein Ganzes. Das sicherheitspolitische Ziel – Schutz des Raumes und der Bevölkerung – bestimmt die Struktur und wird bestimmt durch die Rahmenbedingungen, die ich nicht wiederholen will. Am zweckmäßigsten wäre ein europäisches Sicherheitsnetz. Ich glaube, daß wir nur im europäischen Verbund Lösungen finden können und müssen, die wir allerdings aus nationalem Interesse entwickeln und vertreten müssen. Ich habe schon vorgebracht, daß bei den sicherheitspolitischen Prämissen der Schutz erste Priorität hat, daß für die Politik Entspannung durch innere und äußere Stabilität erreicht werden muß, und daß das nur möglich ist unter Zustimmung und Mitwirkung der Bevölkerung. Das heißt also, die Menschen müssen auch dafür etwas tun wollen.

Das heißt also, es muß einfach eine glaubhafte, wahrnehmbare und eine bürgernahe Verteidigung gefunden werden, in welcher durch die Zustimmung zum Dienst die Leute auch mitmachen und sich nicht nur von der NATO „verteidigen lassen“. Denn unsere Wehrpflichtarmee steht vor der kolossalen Schwierigkeit, daß sie eine Volksarmee auf der einen Seite ist und auf der anderen Seite von einem alliierten Bündnis ihre Kommandos und Befehle bekommt, trotz deutscher Mitwirkung, die Einfluß nimmt und planen kann. Es muß also hier der Begriff Volk und Verteidigung, wie er in Dänemark geprägt wurde, erst wieder gefunden werden und dazu bedarf es eben der Zustimmung der jungen Menschen.

Das Sicherheitsnetz einer raumdeckenden Verteidigung der NATO der 90er Jahre

Der Lösungsvorschlag für ein neues **Sicherheitsnetz im Bündnis** geht von den derzeitigen politischen Verhältnissen aus. Er ist aber auch in einem verbesserten politischen Rahmen der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit anwendbar (Siehe hierzu die gegenüberstehende Aufstellung).

Die in den vorangegangenen Kapiteln aufgeführten Kriterien, Folgerungen und Fragen über den Zustand der Bundeswehr und des Bündnisses werden vorausgesetzt, alle Ebenen der Sicherheitspolitik wurden einbezogen:

– die politischen Ziele für eine Erhaltung des Friedens mit militärischen Mitteln im Sicherheitssystem des westlichen Bündnisses;

- die strategische Ebene;
- die operative Ebene;
- die taktische Ebene mit ihren Mitteln, Strukturen und Waffensystemen.
- Das Netz ergibt somit einen Regelkreis, in welchem sich Ziele, Methoden und Mittel gegenseitig logisch ergänzen. Die Teile des Netzes werden nicht nur durch den Vorrang der Politiker zur Kriegsverhütung und Erhaltung des Friedens bestimmt, sondern entsprechen auch funktional in einem einheitlichen Verbund von Krisenmanagement, Führung und Instrumenten militärischer und ziviler Art einem Gesamtsystem. Die politischen Ziele dieses Systems sind:
- Frieden zu erhalten durch Stabilität und Ausgewogenheit im Inneren und nach außen;
- die Bevölkerung und ihr Territorium zu schützen;
- von einem Angriff durch wirksame Verteidigungsfähigkeit abzuschrecken;
- allen Formen der Bedrohung (nuklearer und konventioneller Art sowie durch psychologische und subversive Mittel) zu begegnen;
- durch eine klar auch für den Gegner als solche erkennbare Verteidigungsstruktur selbst niemanden zu bedrohen und damit auch die Sicherheitsbedürfnisse des anderen zu berücksichtigen;
- einen selbstmörderischen atomaren Vernichtungskrieg weitgehend zu verhindern;
- neue technologische Mittel, taktische Verfahren und psychologische Voraussetzungen im Rahmen des Rechts anzuwenden.

Das Abwehrsystem im Netz

Das Netz wird aus den Verteidigungssektoren der Jagdverbände, ihrer Unterstützungskräfte, den schnellen Brigaden, dem Informations- und Melde-System und den Kräften der zivilen Verteidigung geknüpft. Die Verteidigungssektoren sind in ihrer Lage und in ihrem Umfang auf die Gunst des Geländes und den vermutlichen Schwerpunkt der feindlichen Angriffsachsen eingestellt. Sie sind tief gestaffelt, so daß die Angriffe des Gegners bis zur WESER-LECH-LINIE im Netz von 5–7 hintereinander gestaffelten Verbänden zerschlagen werden kann. Gegenüber der heutigen Kampfführung mit mechanisierten Kräften in flacher Aufstellung ohne ausreichende Reserven kommt es darauf an, durch Geländeausnutzung und Verstärkung, Sperrungen und vor allem Feuer im Wechsel zwischen Verteidigung und Angriff

- aufzuklären und die Hauptstoßrichtungen festzuhalten;
- mit **verdoppelter Kampfkraft** im Verhältnis eine abwehrende Jagdkampfgruppe (Bataillonsstärke) gegenüber einem angreifenden Mot. Schützen- (Panzer-) Regiment den Angreifer von Sperrungen und verstärktem Gelände zu kanalisieren und konzentrieren, ihn mit Feuer vor den Sperrungen zu zerschlagen und den erschütterten Feind aus dem Hinterhalt mit Gegenstößen zu entnerven. Gegen überlegene Feinde wird auf vorbereitete „verstärkte Geländerräume“ ausgewichen, in welchen er nach den oben beschriebenen Verfahren erneut gestellt wird.

Das Sicherheitsnetz der raumdeckenden Verteidigung

Strukturen	Ebenen und Ziele	Rahmenbedingungen
Europäisches Sicherheitsnetz im Bündnis	SICHERHEITSPOLITISCHE PRÄMISSEN Schutz des Raumes und der Bevölkerung RAUMDECKUNG als bessere „Vorverteidigung“	Kriegsverhütung durch: Stabilität Bevölkerungsschutz Völkerrecht Rüstungskontrolle Abbau der Bedrohung bei ausreichender Stärke Integration aller Schutzfaktoren Nutzung neuer Technologien
Netz der Gesamtverteidigung auf dem Boden der Bundesrepublik	STRATEGISCHE PRÄMISSEN Gesamtverteidigung – Raumschutz – Selbstschutz – Krisenbeherrschung – Zivilverteidigung – Schutz im „verdeckten Kampf“	Zieldefinition Bedrohung Zeit – Raum – Kräfte Ressourcen Verteidigungswille Finanzieller – materieller – personeller Rahmen
Operatives Netz in den Verteidigungssektoren der NATO	OPERATIVER RAHMEN Ausreichend – kalkulierbare konventionelle Kräfte – kein Ersteinsatz atomarer Waffen – keine Atomziele – zahlreiche Gefechte statt Schlacht	Schutz des Grenzraumes vorwärts der Weser-Lech-Linie Bessere „Vorverteidigung“ Schutz der Bevölkerung Schutz des rückwärtigen Raumes
Taktisches Netz in Bewegungsräumen und Verteidigungssektoren der Kampftruppen	TAKTISCHER RAHMEN Nutzung der „Technotechnik“ Sperrungen – Feuern – Jagen – Feuer gegen Bewegung im Netz kleiner Verbände	Zusammenwirken der Schild- und Schwertverbände der NATO mit effektiveren und kleineren Waffensystemen und Strukturen

– im Rücken des Feindes werden durch Feuerleitung zurückgelassene Fernspähtrupps sowie durch Luftwaffe Reserven, Stäbe und Versorgungskolonnen und Einrichtungen des Feindes gelähmt.

– durch Auflockerung der eigenen Kräfte und Schwerpunktbildung durch Feuer und Sperren werden Atomziele vermieden, im Gegensatz zu heute auf die Grenzschlacht der Vorverteidigung mit der Gefahr der Zerschlagung der eigenen Kräfte verzichtet und in tausenden von kleinen Gefechten der Feind in seiner schwerfälligen Befehlstaktik desorientiert, in einer wirksameren Vorverteidigung zermürbt und schließlich zerschlagen.

Im Gegensatz zu heute wird das Gelände besser genutzt, die infanteristische und Pionierkraft wesentlich verstärkt, nicht Panzer gegen Panzer, sondern Panzerjagd gegen Panzer mit kombinierten Waffen und Sperren gesetzt und so „mit anderer Münze“ heimgezahlt, die einzige Chance, gegen die ca. 20.000 anstürmenden Panzer des Warschauer Paktes etwas auszurichten.

Das Abwehrsystem sieht vor, daß die Soldaten des Kampfteams in ihrem Verteidigungs- oder Bewegungsraum im Frieden ausgebildet sind und – auf der Grundlage einer Versorgung aus Kleindepots ihres Raumes – in vorbereitetem Rollenverhalten selbständig kämpfen können, ohne Aufträge abwarten zu müssen. Diese Selbständigkeit der „Auftragstaktik“ gegenüber der Befehlstaktik des Angreifers und Erfüllbarkeit der überschaubaren bekannten Aufträge sowie die genaue Geländekenntnis und der feste Verbund in der Kameradschaft ihres Kampfteams gibt ihnen Motivation und Selbstvertrauen. Die Verbindung mit der Bevölkerung ihres Verteidigungssektors und die Gewißheit, daß ihre Familien in dem neuen System besser geschützt sind, verleiht ihm Kraft und Festigkeit.

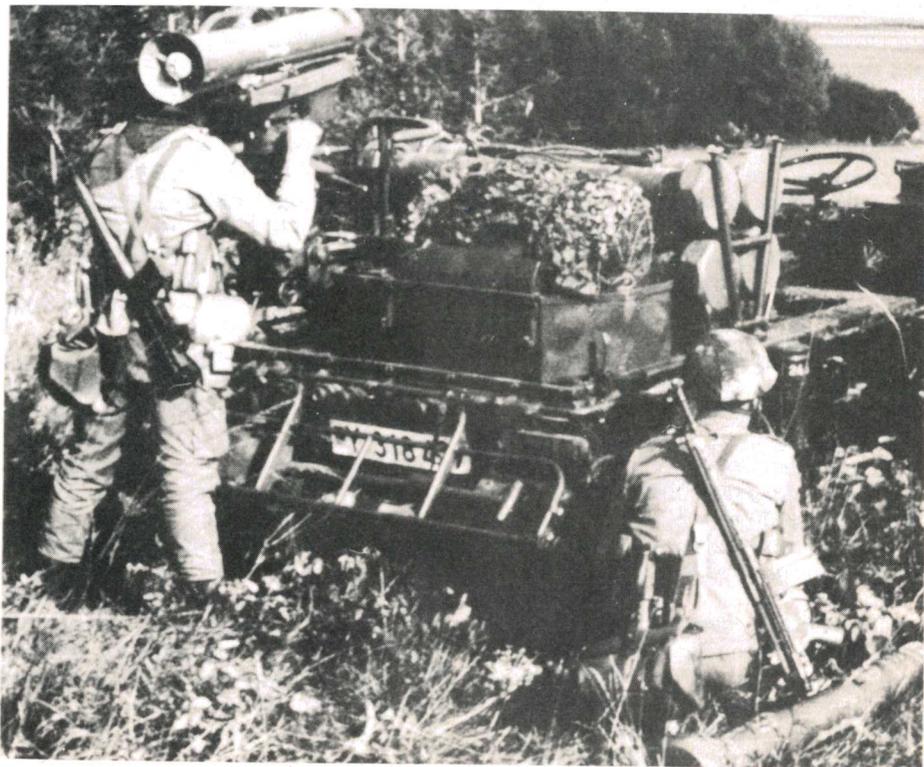
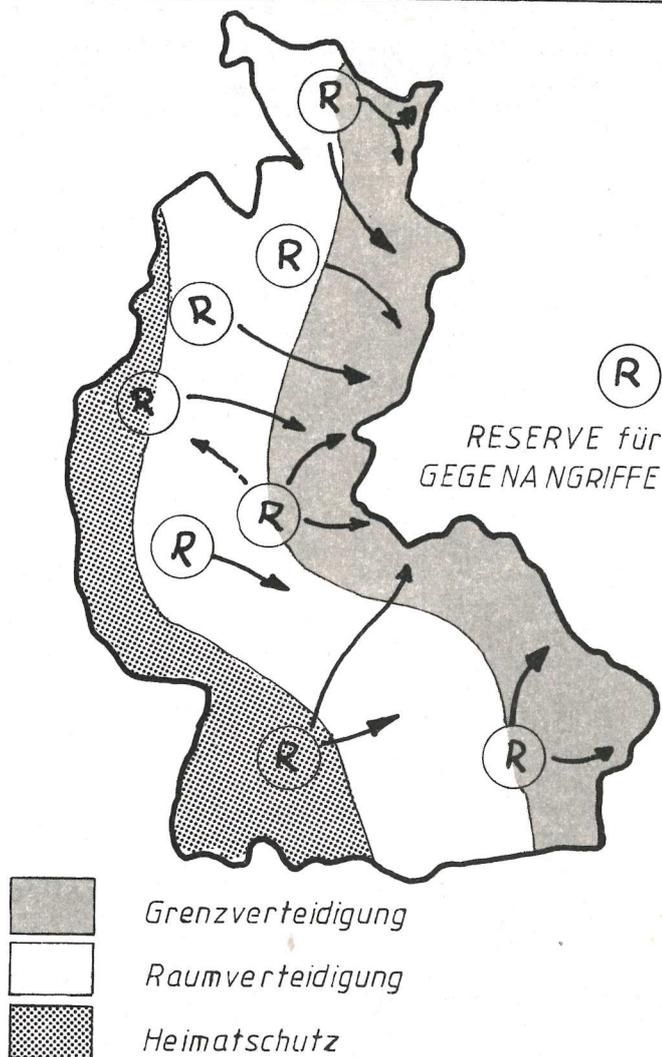
Verdoppelung der konventionellen Abwehrkraft

1. Es muß erreicht werden, die konventionelle Abwehrkraft des NATO-Bündnisses in anderer Form als in bisheriger Doktrin und Bewaffnung zu verbessern. Diese Verbesserungen unter stärkerer Nutzung des Geländes, und unter Einsatz neuer Verteidigungstechnologie im Netz ist das Hauptziel unserer Vorschläge.

2. Atomare Waffen sind in ihrer derzeitigen – forciert betriebenen – Entwicklung von der „politischen“ zur „militärischen“ Waffe (z.B. durch größere Präzision wie bei der Neutronenbombe) für die NATO keine geeigneten Verteidigungs- und damit Abschreckungsmittel mehr. Ihre „Militarisierung“ gefährdet auf beiden Seiten die Ziele der Sicherheitspolitik. Sie werden somit dem Primat der Politik immer mehr entzogen. Damit könnte ihre Verwendung im Kriege nicht die Fortsetzung, sondern das Ende jeder Politik bedeuten.

3. Der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln auf bevölkerungsstarke Gebiete ist im Sinne des Kriegsvölkerrechts rechtswidrig – damit auch die derzeit gültige NATO-Strategie.

RAUMDECKENDE VERTEIDIGUNG



Die aus deutsch-französischer Gemeinschaftsentwicklung kommende Panzerabwehr-Lenkrakete MILAN mit einer Einsatzreichweite von 75 bis 2000 m kann durch Infanterie vom Boden oder von Waffenträgern aus eingesetzt werden. Sie durchschlägt Panzerungen bis 45 cm Dicke. (Vgl. auch den Aufsatz von Horst Afheldt)

UMRISSE EINER NEUEN SICHERHEITSPOLITIK

Von Alfred Mechttersheimer

Fundamentale Neuerungen ohne Revolution

In der Öffentlichkeit und auch bei einzelnen Politikern sind die Zweifel an der bisherigen Sicherheitspolitik mittlerweile so groß, daß die Frage nach konkreten Alternativen immer drängender gestellt wird.

Die bisher vorgelegten Antworten treffen auch bei Bürgern und Politikern, die von der Notwendigkeit einer anderen Sicherheitspolitik überzeugt sind, auf Zurückhaltung. Sie greifen entweder – tatsächlich oder vermeintlich – zu weit (z.B. neutrales atomwaffenfreies Europa) oder zu kurz (z.B. militärische Defensivmodelle). Dies mag auch ein Grund dafür sein, weshalb in der Friedensbewegung die Ablehnung des Bestehenden immer noch stärker ist als der Wille, etwas Neues zu schaffen. Jedenfalls ist die Verbindung von politischen Zielvorstellungen und konkreten systemimmanent realisierbaren Maßnahmen bisher nicht hinreichend gelungen.

Die Schwierigkeit beim gedanklichen Umgang mit alternativen Konzepten sind auch darauf zurückzuführen, daß diese inhaltlich keine Extrapolation der heutigen Politik sein können, aber dennoch in nur evolutionärer Weiterentwicklung politisch realisiert werden sollen. Das heißt, aus den Widersprüchen von heute muß die neue Politik entwickelt werden. Wichtiges Sach- und Vermittlungsproblem ist also die Transformation der bisherigen Sicherheitspolitik in eine fundamental andere, ohne Infragestellung der politischen Ordnung.

Versuche der Administration, die finanziellen, personellen und sonstigen Probleme zu bewältigen, sind immer wieder gescheitert, weil die politischen und militärischen Prämissen (z.B. Beibehaltung der bisherigen NATO-Strategie) nicht in Frage gestellt werden.

Die Fragwürdigkeit der deutschen Sicherheitspolitik ist sicher auch eine Folge ihrer Realisierungsmängel, vor allem aber eine Konsequenz ihrer Vorgaben. Aufgabe ist es also,

1. eine neue Sicherheitspolitik (B) zu entwerfen und
2. die von der heutigen Sicherheitspolitik (A) ausgehenden Schritte zu konzipieren.

Der Versuch, den Weg von A nach B konkret zu beschreiben, ist auch deshalb erforderlich, weil so die Kritik an der herkömmlichen Sicherheitspolitik vom Vorwurf der Alternativlosigkeit entlastet wird und damit die Voraussetzungen zur

rechtzeitigen, d.h. weniger krisenträchtigen, Veränderung verbessert werden. Der praxeologische Nutzen dieser Arbeit liegt auch in der Möglichkeit, reformwilligen Politikern konkrete Empfehlungen für die Entscheidungsfindung zu liefern. Die Reformwilligkeit ist übrigens die zentrale psychologische Voraussetzung für eine neue Politik. Wer sich – aus welchen Gründen auch immer – an das Alte klammert, wird jede Veränderung als Gefährdung empfinden. Schließlich läuft jede Alternativpolitik auf die Abwägung hinaus, ob im Bisherigen oder in der Alternative die größeren Risiken stecken. Wer davon überzeugt ist, daß sich die heutige Politik in einer Sackgasse bewegt, wird in dem Labyrinth alternativer Wege eine Chance sehen.

Der Weg von A nach B ist nicht so weit wie es scheinen mag; denn erstens sind die Forderungen der heutigen mit denen einer künftigen Politik teilweise identisch (sie wurden eben nur nicht realisiert, wie z.B. die Herstellung einer Verteidigungsfähigkeit und eines Verteidigungswillens), und zweitens machen mit großer Wahrscheinlichkeit die wachsenden Widersprüche der heutigen Sicherheitspolitik eine Veränderung schon aufgrund finanzieller Zwänge ohnehin erforderlich.

Die Schwäche der meisten in der Diskussion befindlichen alternativen Konzepte liegt im punktuellen oder sektoralen Ansatz. Da die heutige Militärstruktur integrierter Bestandteil eines Systems aus bündnispolitischen, historischen, psychologischen, rüstungsindustriellen, militärischen und anderen Elementen ist, wird beispielsweise mit der Infragestellung des Panzers nicht ein beliebiges Detail, sondern die gesamte Politik in Frage gestellt. Alternative Außen- und Sicherheitspolitik muß deshalb die Interdependenz fast aller außen- und sicherheitspolitischen Komponenten berücksichtigen.

Es ist die Aufgabe der Friedensforschung, die alternativen Vorstellungen fachlich und politisch relevanter zu machen, durch ihre

- Konkretisierung
- Systematisierung und
- Operationalisierung.

Es müssen möglichst alle Sektoren von Staat und Gesellschaft, die mit der Landesverteidigung zusammenhängen, berücksichtigt werden, weil die fundamentale Kritik ein umfassendes Konzept für eine fundamental neue Sicherheitspolitik notwendig macht.

Keine neue Politik mit altem Denken

Ein einzelnes Forschungsinstitut kann diese gewaltige Aufgabe nicht erfüllen. Es

ist aber möglich, einen wichtigen Beitrag zu leisten. Das Ziel wäre erreicht, wenn zum Beispiel für die politischen Entscheidungen über den Verteidigungsetat und die Nachtragshaushalte konkrete Orientierungshilfen geliefert werden könnten, die eine andere Sicherheitspolitik vorbereiten würden. Es kann nicht die Aufgabe der Friedensforschung sein, die „richtige“ Politik zu formulieren; sie kann aber begründete und prinzipiell praktikable Konzepte zur Zielrealisation entwickeln. Oft wird es nur möglich sein, eine Richtung anzugeben, die Einzelschritte werden erst später detailliert beschrieben werden können. Wo es möglich ist, sollen konkrete Sofortmaßnahmen vorgeschlagen werden, z.B. Kürzung eines Beschaffungsvorhabens, für die ein Konsens eher erzielt werden kann als für ein Oberziel, wenn diese Maßnahmen auch Problemlösung für die heutige Politik sind. Dabei ist die Vorstellung bestimmend, daß es zwischen Befürwortern und Gegnern der derzeitigen Politik in Einzelfragen ein Stück gemeinsamen Weges gibt.

Um Krieg zu verhüten und eine friedliche Entwicklung zu gewährleisten, muß Sicherheitspolitik folgenden teils rational begründbaren, teils normativen Forderungen gerecht werden:

a) Krisenstabil

Alle Anreize, in einer Krise durch schnelles Handeln Vorteile zu erzielen, müssen abgebaut werden. Dies gilt nicht nur, aber vor allem für verwundbare Atomwaffen, vor denen sich der Bedrohte nur durch ihre „rechtzeitige“ Zerstörung schützen kann. Eine milizähnliche Panzerabwehrgruppe in Grenznähe kann mehr zur Kriegsverhütung leisten als ein „moderner“ Panzerverband aus Berufssoldaten westlich des Rheins.

b) Demokratisch

Die Bundeswehr entspricht nach ihrer Struktur eher der Armee eines absolutistischen Staates als einer Demokratie. Es geht darum, aus der „Einheitsarmee“ eine antimilitaristische Militärorganisation zu schaffen, die die Aufgaben der Landesverteidigung nicht Spezialisten überläßt, sondern basisdemokratisch als Notwehr ermöglicht. Es wird gegen einen Aggressor nicht „die Armee eingesetzt“, sondern die Bevölkerung wehrt sich kollektiv in einem Volksaufstand, der durch die vorbereitende militärische Organisation wirksam gemacht wird.

Wenn in Europa ein konventioneller Krieg ausgebrochen ist und der amerikanische Oberste Alliierte Befehlshaber der NATO (SACEUR) beim US-Präsidenten die Atomwaffen-Anforderung stellt, dann entscheidet wahrscheinlich ein einziger

Auszüge aus A. Mechttersheimer: Rüstung und Frieden, 1982, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, mit freundlicher Genehmigung des Autors

Mensch über das Leben von Millionen Europäern. Die gewählten Regierungen der betroffenen europäischen Länder haben kein Recht auf entscheidungsbeeinflussende Mitsprache, selbst für Konsultationen wird kaum Zeit bleiben. Ein System, das die Kompetenz über die Vernichtung der Zivilisation einem oder wenigen Menschen aufbürdet, kann eigentlich nicht demokratisch genannt werden.

c) Verteidigungsfähig

Die NATO-Konzeption bietet für Westeuropa keine Verteidigungsmöglichkeit, weil es keine Landesverteidigung mit Atomwaffen gibt. Erforderlich ist die Fähigkeit, einen Angreifer von einem raschen Vorstoß auf das Gebiet der Bundesrepublik abzuhalten und notfalls diesen Vorstoß zu verhindern. Dazu ist ein von Gleichgewichtsvorstellungen freies Defensivpotential erforderlich, dessen genaue Struktur und detaillierte Bewaffnung nicht am Anfang, sondern am Ende eines intensiven Diskussionsprozesses beschrieben werden kann.

Bei der Struktur der neuen Bundeswehr wird sich wahrscheinlich eine Kombination bisheriger alternativer Modelle als optimal erweisen, wobei die drei Komponenten

- Flächendeckung über das gesamte Bundesgebiet,
- Verdichtung im östlichen Teil der Bundesrepublik,
- Verstärkung entlang der wahrscheinlichen Angriffslinien miteinander verbunden werden könnten.

An Waffen werden vor allem leichte Panzer- und Flugabwehrraketen benötigt sowie Waffensysteme, deren Komplexität und Größe bestimmt sein muß von den Forderungen nach leichter Bedienbarkeit und Wartung, Finanzierbarkeit und Vermeidung leicht bekämpfbarer Ziele.

Für die defensiven Kampfverbände müssen die folgenden Forderungen gelten:

- klein
- hohe Feuerkraft
- mobil und
- autonom.

Der Umfang der neuen Bundeswehr ist aus einer realistischen Analyse der Bedrohung zu ermitteln, die frei von der atomaren Selbstbedrohung ist.

Die atlantische Militärstruktur beruht auf der Fiktion von einer Identität der Sicherheitsinteressen aller Mitgliedsländer diesseits und jenseits des Atlantik. Die NATO ist nicht als Bündnis zur gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder bei der Heimatverteidigung entstanden, sondern als Instrument einer Supermacht im Konflikt mit einer anderen Supermacht, die abgeschreckt werden soll. Die Risiken der Abschreckung sind aber so sehr zu Lasten der Bundesrepublik verteilt, daß die NATO-Struktur bei einer sicherheitspolitisch aufgeklärten deutschen Bevölkerung nicht mehr legitimiert werden kann.

Die Bezugsgröße für die Neuorganisation der Verteidigung der Bundesrepublik ist deshalb Westeuropa, womit eine Revision der NATO, nicht aber zwangsläufig ein Austritt gefordert wird.

d) Heimatbezogen

Weil der Zweck der Bundeswehr nach der Verfassung nicht in der Eroberung fremder Territorien, sondern ausschließlich in der Verteidigung des Landes liegt, ist der einzige Rechtfertigungsgrund für die Existenz von Militär der Schutz der Heimat.

Ausländische Truppen können dieses Bewußtsein wohl nur aus dem Gefühl unmittelbarer Nachbarschaft zu dem angegriffenen Territorium entwickeln. Genausowenig wie deutsche Soldaten in den Vereinigten Staaten ihre Heimat verteidigen könnten, genausowenig können amerikanische Soldaten in der Bundesrepublik Heimatverteidigung betreiben; für sie kann die Bundesrepublik kaum etwas anderes sein als Schauplatz eines Krieges mit dem großen Rivalen.

Eine solche organisierte kollektive Notwehr müßte konzeptionell mit gewaltfreien Widerstandsformen verbunden werden, die in dicht besiedelten Gebieten notwendig werden, weil dort ein militärischer Defensivkampf nicht stattfinden darf. Die Fähigkeit, die Heimat zu verteidigen, setzt auch die autonome Struktur nichtmilitärischer Einrichtungen z.B. von Energie- und Kommunikationssystemen voraus.

e) Bevölkerungsschützend

Wer die Bevölkerung schützen will, kann dies nicht durch den Bau von Bunkern erreichen, sondern nur durch die Veränderung der Kriegsbedingungen, d.h. durch den Verzicht auf Atomwaffen und Atomziele. Auch die Bundesregierung ist „der Auffassung, daß in einem Verteidigungsfall, in dem atomare Waffen eingesetzt werden, ein wirkungsvoller Bevölkerungsschutz nicht möglich ist.“*

f) Schadenbegrenzend

Heimatverteidigung im eigenen Land ist gedanklich nicht zu verbinden mit Waffen, die prinzipiell keine Begrenzung ihrer Wirkung ermöglichen. Mit atomaren und chemischen Massenvernichtungswaffen kann keine Heimatverteidigung organisiert werden, weil die Mittel den Zweck erschlagen, d.h. weder Leben noch andere Werte verteidigt werden können, – wenn „verteidigen“ kein Synonym für „vernichten“ ist.

g) Abrüstungstauglich

Eine Militärstruktur, die nicht als defensiv erkennbar ist, versperrt den Weg zur Abrüstung. Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik muß scheitern, wenn ihre Ziele nicht in die Rüstungsstruktur integriert werden.

Die Umrüstung der Bundeswehr von einer Angriffs- auf eine Defensivstruktur ist keine Gefälligkeit gegenüber der Sowjetunion, schon deshalb nicht, weil ja erst dadurch eine glaubhafte Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik geschaffen wird. Es würde der sowjetischen Führung auch politische Probleme schaffen: Wie

will sie dann noch ihre Panzerrüstung rechtfertigen, die ja angeblich auch nur der Verteidigung dient?

h) Entspannungskonform

Nicht Abschreckung, sondern „Abhaltung“ ist die Aufgabe der Vorbereitung einer Heimatverteidigung mit militärischen Mitteln. Es ist nämlich nicht glaubhaft, Entspannungs- und Gewaltverzichtspolitik betreiben zu wollen, wenn gleichzeitig wegen der Abschreckung eine ungeheure nukleare Vernichtungskapazität auf das Territorium des Vertragspartners gerichtet wird. Eine Defensiv-Rüstung ist ein bewußter Verzicht auf die Verteidigung außerhalb der eigenen Landesgrenzen. Dies wäre für die Bundesrepublik ein gewichtiger Nachteil, aber die heutige Heeresrüstung ist ebenfalls für den Einsatz auf eigenem Gebiet vorgesehen. Weil das Abschreckungssystem für seinen Bestand Feindbilder braucht, ist Völkerverständigung bei dieser Art von Sicherheitspolitik allenfalls innerhalb der Blöcke, aber nicht zwischen den Blöcken möglich.

i) Verfassungs- und völkerrechtskonform

Ein Militärkonzept, das Sicherheit auf der Fähigkeit zu organisieren sucht, Hunderte von Millionen Menschen zu vernichten, kann mit moralischen Minimalforderungen nicht in Einklang gebracht werden und ist auf die Dauer nicht konsensfähig. Der Verstoß gegen die Grundregeln des Völkerrechts ist evident, ein Umstand, der in der Bundesrepublik Deutschland besonders zählt, weil hier die Völkerrechtsnormen unmittelbar geltendes Recht sind. Die Verteidigungskonzeption der NATO widerspricht insbesondere dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit.

Diesem Katalog friedens- und sicherheitspolitischer Forderungen wird die künftig noch stärker davon abweichen. Für die Konzeptualisierung und Strategie einer entscheidenden Politik ergeben sich folgende Ziele:

- Ziel A: Denuklearisierung Europas.
- Ziel B: Umrüstung der Bundeswehr auf eine Defensivarmee.
- Ziel C: Neuorganisation der westeuropäischen Verteidigungsstruktur.
- Ziel D: Weiterentwicklung eines gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedenssystems.
- Ziel E: Aufbau einer humanitären europäischen Hilfstruppe für Krisengebiete in aller Welt.

Die Realisierung der aufgeführten Ziele macht jeweils ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, die zumindest folgende politische Sektoren erfassen:

- Bündnispolitik
- Europapolitik
- Abrüstungspolitik
- Kriegsvölkerrecht
- Osthandelspolitik
- NATO-WEU-Strategie
- Rüstungstechnologie
- Rüstungsindustrie
- Rüstungsexport
- Haushaltspolitik
- Wehrverfassung
- Bundeswehrstruktur.

* Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in der Fragestunde des Deutschen Bundestages (Nr. 275, 276, April/Mai 1982).

VIER WEGE

Von Johann Galtung

Es ist allgemein bekannt, daß es ein sehr breites Spektrum von Standpunkten darüber gibt, wie man den Frieden am besten fördert. Auf der einen Seite als Extremposition die Nichtverteidigung, als andere extreme Position, die Bereitwilligkeit, jede Form von „weapons of mass destruction“, Massenvernichtungswaffen, einzusetzen. Dazwischen gibt es noch zwei Zonen, die sehr wichtig in der Debatte sind.

Zuerst kann man die Trennung zwischen „weapons of mass destruction“ (biologische und chemische Waffen, radiologische Waffen und Umweltmodifizierungswaffen) und konventionellen Waffen ziehen. Es ist bekannt, daß es Minimaldosen von Massenvernichtungswaffen gibt, die niedriger sind als die Maximaldosen von konventionellen Waffen; die Trennung ist also keine klare Zweiteilung, sondern so problematisch wie alles auf diesem Gebiet.

Zweitens gibt es die Trennung zwischen Verteidigungsformen mit und ohne Gewalt. Selbstverständlich ist diese Trennung auch problematisch, da es Widerstandsformen gibt, die gewaltlos, aber ganz effektiv sind, und andere Widerstandsformen, die mit Gewalt verknüpft, aber relativ ineffizient sind. Diese zweite Trennung ist für die Pazifisten, Kriegsdienstverweigerer von hoher Bedeutung, ganz wie die erste Trennung oben ein Hauptobjekt für die „Abrüstungskonferenzen“ usw. ist.

Ich behaupte aber, daß es eine dritte Trennung gibt, die noch wichtiger ist, als die beiden vorgenannten: die Trennung zwischen offensiven und defensiven Verteidigungsformen. Mit offensiven Verteidigungsformen meine ich dann Verteidigung, die so bewegbar und so weitreichend ist, daß sie auch auf dem Boden des Gegners wirksam sein könnte. Mit defensiven Waffen meine ich Verteidigungsformen, die entweder ortsfest sind oder sich so langsam bewegen oder eine so bescheidene Reichweite haben, daß sie nur für den Einsatz im eigenen Land geeignet sind. Die Beispiele sind selbstverständlich Festungsanlagen, Kurzstreckenraketen, die sehr „intelligent“ sein können, Kleinwagen, Kleinpanzer, Helikopter, MTB, usw. Eine gewöhnliche Armee mit gewöhnlichen Menschen ist bewegbar, mit den eigenen Beinen, aber in unserem Zeitalter nur ganz langsam, und deshalb meistens nur defensiv zu verstehen. Das Konzept der defensiven Verteidigung könnte also konventionelle Verteidigungsformen an sich einklammern, ebenso wie paramilitärische Formen (Guerilla) und gewaltlose Verteidigungsformen (non-Military defence, NMD).

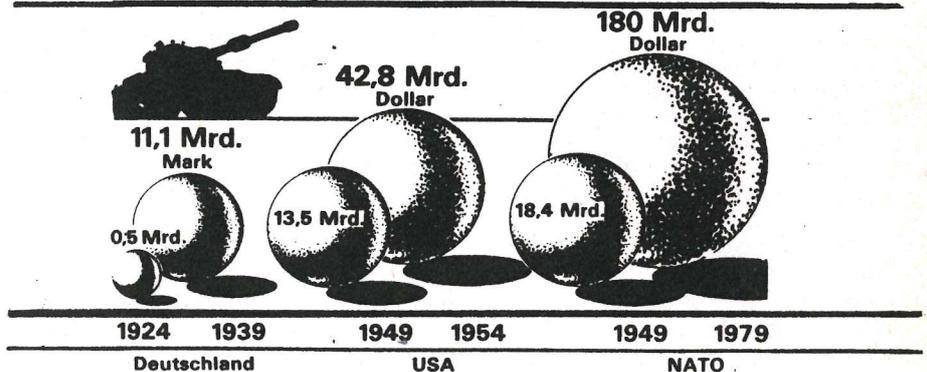
Ich behaupte dann, daß die Millionen von Menschen auf den Demonstrationen der Friedensbewegung in Europa den besten Beweis dafür liefern, wie ernst der gewöhnliche Mann und die gewöhnliche

Frau die Lage betrachten. Aber was ist die Stellungnahme der Friedensbewegung diesen Verteidigungsformen gegenüber? Ich glaube im allgemeinen, daß die Debatte sich soweit nicht genügend bewegt hat, um diese Stellungnahme ganz klar zu machen. Man ist gegen Massenvernichtungswaffen, besonders gegen Kernwaffen, und man möchte deswegen gern kernwaffenfreie Zonen haben, auch mit Abrüstungsabkommen. Die folgenden vier Punkte, die Kernpunkte meiner eigenen Auffassung sind, sind aber meiner Meinung nach mit den Haltungen, die man in der Friedensbewegung finden kann, im allgemeinen ganz vereinbar.

I. Teilweise Abkoppelung von den Supermächten

Statt „Raus aus der Nato“ sehe ich das Problem „Was für eine Nato, was für eine Mitgliedschaft“. Ganz unten auf einer Leiter von Abkoppelungsstufen steht die dänisch-norwegische Lösung, keine Basen und keine Atomwaffen in Friedenszeiten zu haben. Dann kommen die Nicht-Erstschlagstrategien, dann kernwaffenfreie Zonen. Das nächste wäre vielleicht, die militärische Allianz zu verlassen, aber als politisches Mitglied fortzuführen — so ungefähr das französische und zu einem gewissen Grad auch das rumänische Modell. Und das nächste wäre dann Allianzenfreiheit, wie in Schweden. Und ganz oben steht die Neutralität, so wie in der Schweiz.

Rüstungsausgaben unter dem Deckmantel „der Bedrohung aus dem Osten“



II. Übergang von offensiven zu defensiven Waffen

Die defensiven Waffen provozieren nicht, deswegen führen sie nicht so unmittelbar zu Rüstungswettläufen. Unsere Erfahrung ist, daß Rüstungswettläufe fast ganz unmöglich zu kontrollieren sind. Ein Übergang von offensiven zu defensiven Waffen ist deswegen eine Notwendigkeit, und könnte wohl aus einer Kombination von konventionellen Militäreinheiten, Guerilla und nicht-militärischen Einheiten bestehen. Es gibt gute Gründe dafür, zu behaupten, daß es auch billiger ist als die Verteidigung mit den jetzigen offensiven Waffensystemen.

III. Unsere Gesellschaften weniger verletzbar machen

Es ist ganz klar, daß hochzentralisierte, hochtechnologisierte Gesellschaften mit sehr viel Außenhandel und nur wenig

Selbstversorgung auch außerordentlich verletzbar sind. Es ist auch klar, daß eine Gesellschaft von Konflikten zwischen Klassen, ethnischen Gruppen, Rassen, Geschlechtern und Generationen außerordentlich verletzbar ist. Deswegen ist eine fundamentale Verteidigungsaufgabe, unsere Gesellschaften weniger verletzbar, weniger abhängig von Import und Export in Krisenzeiten, mehr dezentralisiert, weniger auf Hochtechnologie basierend, besser an den gesellschaftlichen Grenzen entlang zusammengeknüpft, zu machen. Eine weniger verletzbar Gesellschaft kann nicht ohne weiteres gelähmt werden, weil es zu viele Zentren gibt und es für einen Angreifer weniger einfach ist, mit einer benachteiligten Randgruppe eine Allianz zu schließen, weil es im Prinzip solche Gruppen dann nicht gibt. Alle diese Verhältnisse zeigen, wie überlegen eine grünere Politik als Instrument der Friedensbereitschaft für die Zukunft wäre, und erklärt auch teilweise, warum es diese enge Beziehung zwischen Friedensbewegung und alternativer Bewegung gibt, besonders in der Bundesrepublik Deutschland.

IV. Aktive Koexistenz

Der Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion ist gefährlich und auch unfruchtbar. Er führt zu nichts; ein Land mit tiefem Nationalbewußtsein und Stolz wird sich nicht unterdrücken lassen durch einen Rüstungswettlauf, auch wenn er

sehr viel kostet. Es wäre viel besser, das positive Programm von Helsinki aufzunehmen, vielleicht mit weniger Gewichtung auf die ökonomische Zusammenarbeit, denn die beiden Parteien des Ost-West-Konflikts sind so ungleichgewichtig — technologisch gesehen —, daß es schwierig ist einzusehen, daß es zu einer guten Symmetrie kommen kann. Mehr Austausch zwischen Menschen und Organisationen, mit Wissenschaft, Kultur und Tourismus, wäre vielleicht eine bessere Lösung.

Ein friedenspolitisches Programm mit diesen oder ähnlichen Punkten würde, wenn man es durchführen könnte, zu einem allianzfreien Europa mit defensiver Verteidigung und mehr krisenfähigen Gesellschaften als den heutigen, auch zu mehr Zusammenarbeit führen. Was zur Diskussion steht, ist, ob solche Strategien in der heutigen hochmilitarisierten Lage überhaupt durchführbar sind.

18. Mai 1930
7. Jahrgang / Nr. 20

Münchener Illustrirte Presse

Knorr & Hirth,

München

Erscheint wöchentlich

Preis: 20 Pfennig

35 Groschen / 2 tschech. Kronen

30 Rappen / fl. —,20

30 Öere / 10 Cents



Der Mann, der das britische Weltreich herausgefordert hat:
Mahatma Gandhi liest

(Diese Aufnahme und die im Inneren des Blattes veröffentlichten stammen von unserem Mitarbeiter Walter Bohard, dem einzigen in Gandhis Lager zugelassenen Europäer.)

	HERRSCHENDE KONZEPTION		ALTERNATIVE KONZEPTE				
	bisherige NATO-Doktrin	neue NATO-Doktrin	PROZESSZIELE			ENDZIELE	
			Option I Disengagement (1)	Option II Neutralismus (3)	Option III Defensive Verteidigung	Option IV Soziale Verteidigung	Option V einseitige Abrüstung
Hauptelemente	Lagerung von Kernwaffen und chemischen Waffen in der BRD. Waffen als Kriegsverhütungsmittel. Streben nach Gleichgewicht führt zu Wettrüsten.	Ab 1983 weitreichende Atomraketen in der BRD. Neutronenwaffen u. neue chem. Kampfstoffe für taktischen Einsatz sind in Produktion. Waffen als Kriegsführungsmittel. USA streben nach Überlegenheit. Verstärktes Aufrüsten.	Kernwaffenfreie Zone. Rüstungsminderung im konventionellen Bereich.	Kernwaffenfreie Zone. Außenpolitik an Neutralismus-Option gebunden.	Keine Kern- u. Offensivwaffen. Ausstieg aus dem Wettrüsten. Zwischenschritt in Richtung Abrüstung. Neue defensive Verteidigungstechnologien.	SV ist nicht an vorherige Abrüstung gebunden, zur Durchführung werden aber keine Waffen benötigt. Gewaltmonopol des Staates wird auf Bürger umverteilt.	Ziel ist vollständige Abrüstung. Faktische Abrüstung ist Leitlinie der Politik.
Verteidigungskonzept	Flexible Response. Antwort auf 3 Ebenen möglich: konventionell/atomar-taktisch/atomar-strategisch. Abschreckung durch glaubhafte Androhung des gesamten Potentials. Ersteinsatz von Kernwaffen.	Counter Force-Strategie. Atomare Erst- u. Entwaffnungsschläge („Enthauptungs“-Strategie) gegen milit. u. polit. Machtzentren der SU. Planung eines begrenzten, sechsmonatigen Atomkrieges.	Schutz des Bündnisses durch Abschreckungsdrohung bleibt erhalten. Erfordernis des atomaren Schutzschirmes wird verringert.	Alle Möglichkeiten der Verteidigung offen. Kein Nuklearschirm der Supermächte. Keine Abschreckungsdrohung.	Erhaltungsstrategien anstelle von Abschreckung mit Nuklear- und Massenvernichtungswaffen. „Raumdeckende Verteidigung“ bzw. „Raumverteidigung“ mit „Techno-Kommandos“	Gewaltfreier Widerstand. Ziviler Ungehorsam. Keine Zusammenarbeit mit dem Aggressor.	Kein Verteidigungskonzept. Interessenkonflikte werden mit nichtmilitärischen Mitteln ausgetragen. (z.B. umfassende gegenseitige Abhängigkeit).
Leistungen	Kriegsverhütung durch stabile Abschreckung. „Gleichgewicht des Schreckens“. Konfliktaustragung kann auf Europa begrenzt werden.	Nukleare Kriegsführungsoption. Durch Erstschlagswaffen wird der Nuklearkrieg „berechenbar“ und damit führbar und gewinnbar.	Verhinderung des Kernwaffenkrieges in Europa.	wie Option I. Verhinderung, in Kriege verwickelt zu werden. Rückgewinnung der nationalen Handlungsfreiheit.	Schutz des Raumes und der Bevölkerung. Verhinderung eines Angriffskrieges von deutschem Boden.	Konfliktaustragung mit nicht-militärischen Mitteln. Kein Feindbild.	Frieden durch Abrüstung. Verhinderung der Bedrohungsängste durch Legitimationsdruck für Gegenseite.
Konsequenzen	Gemeinsames Sicherheitsinteresse. Aufgaben- u. Risikoteilung im Bündnis.	Machtinteresse der USA geht zu Lasten des Sicherheitsinteresses der Europäer. Zielkonflikt. Grundgesetzwidrig (Art. 26, GG) Verstoß gegen Kriegsvölkerrecht.	Veränderungen bei der Strategie der Bundeswehr und der NATO	Kündigung der militärischen Bündnisse. (NATO, WVO)	Veränderung bei Strategie und Struktur der Bundeswehr. Umrüstung auf Defensivwaffen. Zivilschutz.	Systemveränderung. Dezentrale Strukturen. Basisdemokratie. Neue Verhaltensweisen.	Ausstieg aus der international-gesellschaftl. Konkurrenz. Abbau der Staatlichkeit. Gesellschaftliche Selbstbestimmung.
Adressat/Einzugsbereich	Politiker der NATO-Länder, Führung der USA	Politiker der NATO-Länder, Führung der USA	Beide Militärblöcke, Politiker, Friedensbewegung. Polen bis Portugal.	Politische Linke in Ost- und Westeuropa. Teile des pol. Bürgertums. Neutrale Zone Polen – Portugal.	Bevölkerung, Staatliche u. militärische Institutionen, Regierung. BRD, besser europäischer Verbund.	Bevölkerung, Friedensbewegung, Kirchen, Kriegsdienstverweigerer BRD	Bevölkerung, Friedensbewegung, Kirchen. BRD, staatsübergreifender Prozeß
realisiertes Konzept Beispiele	NATO-Länder	USA (noch nicht offizielle NATO-doktrin)	Norwegen, (2) Dänemark, (2)	Schweden, Schweiz, Österreich, (3)	Jugoslawien, Österreich,	Kapp-Putsch 1920, Ruhrkampf 1923, Norwegen 1940-45, Martin Luther King	nicht bekannt
Doktrin/Plan, Vertreter	Flexible Response seit 1967, davor massive Vergeltung	Direktive 59, Carter 1980, Leitliniendokument des Pentagon, („Enthauptungs“-Strategie) Reagan 1982	Eden-Plan 1955, Rapacki-Plan 57/58, Kennan 1957, Kekkonen-Plan 1963, Russell P.F. 1979	Byrns 1945/46, Stalin 1952, Eisenhower 1953	Afheldt (4) 1976, Spannocchi/Brosselet 1976, Löser (5) 1981	Adam Roberts 1967, Theodor Ebert 1968, Johan Galtung	Labour-Party: einseitige nukleare Abrüstung, Die Grünen
Risiken	Für Angreifer unkalkulierbares Risiko durch Zweitschlagsfähigkeit des Gegners. Bei Versagen der Abschreckung kommt es zur „Selbstabschreckung“ oder alle Waffen werden eingesetzt. Zerstörung der BRD. Zivilschutz sinnlos.	Risiko wird für Angreifer kalkulierbar durch Entwaffnungsschlag. Angreifer ist im Vorteil. Niedrige Atomschwelle. Ein auf Europa begrenzter Nuklearkrieg wird für möglich gehalten. Millionen von Toten sind einkalkuliert. Völkermord. Zivilschutz sinnlos. Kein Überleben.	Keines der alternativen Konzepte kann risikolos verwirklicht werden. Allerdings ist das jeweils zu erwartende Risiko unvergleichlich geringer als das eine Katastrophe unbekanntes Ausmaßes versprechende Risiko der gegenwärtigen Sicherheitskonzeption. Alle Vorschläge gehen von angemessenen Verteidigungsmitteln aus und sehen in der Kriegsverhütung und dem Überleben der Bevölkerung die Hauptaufgabe. Dem Zivilschutz fällt wieder stärkere Bedeutung zu.				
<p>Anmerkungen: Die Synopse basiert auf den „Fünf Vorschlägen zu einer alternativen Sicherheitspolitik“ aus „Frieden mit anderen Waffen“, herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, rororo 4939</p> <p>(1) Disengagement: deutsch „Auseinanderrücken“</p> <p>(2) Norwegen u. Dänemark dulden nur in Friedenszeiten keine Atomwaffen, haben aber für den Kriegsfall vorbereitete Lagerplätze.</p> <p>(3) Die herkömmliche Neutralität unterscheidet sich von dem hier angestrebten Neutralismus</p> <p>(4) Bei Afheldt wird der atomare Schutzschirm des Bündnisses beibehalten</p> <p>(5) Das Löser-Konzept sieht strategisch-nukleare Mittel auf see- und luftgestützten Trägersystemen („zur Verhinderung atomarer Erpressungsversuche“) vor. Ihr Ersteinsatz ist nicht vorgesehen.</p>							

Alternative Sicherheitskonzeptionen

Seit über 30 Jahren leben wir mit der Politik der atomaren Abschreckung. Ganz gleich, ob es diese Politik ist, die den Krieg in Europa bisher verhindert hat, oder nicht: Neue strategische Entwicklungen und eine neue Qualität des Rüstens erschüttern selbst die Grundlage der bisherigen Abschreckungspolitik. Die amerikanischen Vorstellungen von einem auf Europa begrenzten Atomkrieg weisen in diese Richtung.

Je gewohnter und gewöhnlicher der Gedanke an ein atomares Schlachtfeld Europa wird, bei unseren Verbündeten, unseren Politikern und uns selber, desto dringlicher ist es, alternative Modelle der Sicherheitspolitik zur Diskussion zu stellen.

Diese Modelle haben es allerdings nicht leicht, denn die Nachkriegsgenerationen bei uns sind sozusagen in die Abschreckungsideologie hineingeboren. Sie hat in unseren Köpfen sich ähnlich nachhaltig festgesetzt wie die Gewißheit, daß die Schwerkraft der Erde immer funktioniert. Alternative Sicherheitsmodelle haben also eingefahrene Denkgewohnheiten gegen sich. In Heft 2 von Überleben haben wir versucht, die kritischen Punkte der Abschreckungsideologie zu beleuchten, um das gewohnte Denken in Bewegung zu bringen. Nun stellen wir alternative Modelle vor.

Ziel der Vermittlung soll dabei sein, diese Modelle trotz des fast selbstverständlichen Widerstands gegen sie – genau kennenzulernen, ihren Unterschied zum Gewohnten herauszuarbeiten und sie schließlich kritisch gegeneinander zu stellen. Dabei begegnet uns auch der Vorschlag, die großen Militärapparate abzuschaffen. Dies wirft die Frage auf, was jeder einzelne zur Verteidigung seines Lebens und seiner Freiheit, zur Verteidigung seiner Gemeinde, seines Landes und Europas tun kann. Solche Verteidigung richtet sich nicht nur gegen den „äußeren Feind“, sondern auch notfalls gegen unsere eigenen Abschreckungsstrategien.

Vorbemerkung

Diese friedenspädagogische Skizze schließt sich an die in Heft 1 und 2 von Überleben erschienenen an. Sie ist für den schulischen Bereich (Sek. II, besonders für politische Seminare), für die außerschulische Jugendarbeit und die Erwachsenenbildung gedacht. Die einzelnen Lerneinheiten können nicht unbedingt auf 45 Minuten begrenzt werden.

1. Einheit: Was heißt für uns Verteidigung?

Intentionen
Nachdenken über den Begriff „Verteidigung“ (individuelle und kollektive Ebene); erkennen, daß außer den üblichen Verteidigungskonzepten noch andere existieren.

Grobstruktur.

(1) Der Lehrer/Leiter konfrontiert die Lerngruppe mit der These (Tafelschrift): *Wenn ich einem Gegner massiv überlegen bin, kann ich mich am besten verteidigen.* Die daran anschließende Diskussion wird zeigen, daß diese These problematisch ist (Lehrer/Leiter evtl. als „advocatus diaboli“); sie soll zum Nachdenken über alternative Verteidigungsformen anregen. (Vorsicht! Trotz berechtigter Analogien individuelle und politische Ebene nicht miteinander vermengen!)

(2) Lehrer-/Leiter-Vortrag: Es sollte nur ein grober Überblick über die verschiedenen Verteidigungsoptionen gegeben werden (dazu Tabelle in diesem Heft → Folie, Kopien; zur Information des Lehrers/Leiters: s.a. Aufsatz KOCH in d. Heft); detaillierte Erarbeitung erfolgt später.

2.–4. Einheit: Verschiedene Verteidigungskonzepte in der Diskussion

Intentionen

Verschiedene Verteidigungskonzepte genauer kennenlernen und sie argumentativ darstellen können.

2. Einheit, Grobstruktur. Je eines der folgenden Konzepte soll in Kleingruppen erarbeitet werden (s. Tabelle in diesem Heft):

a) Nato-Doktrin, b) Disengagement (Atomwaffenfreie Zone), c) Defensives Verteidigung, d) Soziale Verteidigung.

Material für alle Gruppen: Tabelle, Aufsatz TROMP in diesem Heft. Material für Gruppe a): Der sog. „Doppelbeschuß“ der NATO; R. KOCH: Kriegsschauplatz Mitteleuropa, beide in: *Überleben*, Heft 2, S. 14 bzw. S. 2 f., evtl. auch entsprechende Passagen aus: Der Bundesminister für Verteidigung: Weißbuch 1978. **Gruppe b):** Beiträge von BAHRO und MYRDAL in diesem Heft. **Gruppe c)** Beiträge von AFHELDT und LÖSER in diesem Heft. **Gruppe d):** Beiträge von EBERT und ZELLENTIN in diesem Heft. **Arbeitsauftrag:** Zusammenfassung in Thesenform mit dem Ziel, die wesentlichen Elemente der jeweiligen Konzeption allgemeinverständlich darstellen zu können. Man kann sich dabei an einigen Kategorien der Tabelle orientieren: „Hauptelemente“, „Konzept“, „Konsequenz“, „Risiko“.

3. Einheit, Grobstruktur. Neue Vierergruppen werden gebildet, so daß in jeder der neuen Gruppen je ein Vertreter der vier behandelten Konzeptionen sitzt.

Arbeitsauftrag: Die Gruppenmitglieder machen sich gegenseitig mit den in der 2. Einheit erarbeiteten Konzepten vertraut.

Die Gruppe soll sich für eins der Konzepte entscheiden. Die Entscheidung muß begründet werden. (Ergebnisprotokoll!)

4. Einheit, Grobstruktur. Die Gruppen stellen ihre Entscheidung im Plenum vor und begründen sie. Erfahrungsgemäß spielt dabei die Realisierbarkeit der alternativen Konzepte eine besondere Rolle; dies trifft vor allem für die Soziale Verteidigung zu. Die Frage, welchen Handlungsspielraum jeder einzelne in den jeweiligen Konzepten hat, ist ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt (Hinweis auf die 5. Einheit).

5. Einheit: Soziale Verteidigung/ Gewaltfreier Widerstand – eine erfolgversprechende Handlungsmöglichkeit?

Intentionen

Beispiele von Sozialer Verteidigung/Gewaltfreiem Widerstand kennenlernen; Soziale Verteidigung/Gewaltfreien Widerstand als Handlungsalternative sehen und ihre Erfolgsaussichten differenziert einschätzen lernen; die Problematik von Legalität und Legimität dieser Handlungsformen erkennen können.

Grobstruktur. (1) Als Einstieg bietet sich der Film „Wenn die Panzer kommen. Gewaltfreier Widerstand von Gandhi bis Prag“ an (45 min; Bezug über die Landesfilmdienste). Wichtiger Hinweis: Es empfiehlt sich eine Vorbesichtigung; Vorführung des Films möglichst in Abschnitten mit jeweiliger Erläuterung und Diskussion (s. dazu auch BATTKE 1979, S. 18 ff.). (2) Die Aktion bei Großengstingen ist ein aktuelles Beispiel für gewaltfreien Widerstand, der sich nicht gegen einen äußeren Feind, sondern gegen die Bedrohung durch dort gelagerte Atomwaffen richtet (siehe dazu BITTORF in diesem Heft; zur Planung, Organisation u. Durchführung dieser gewaltfreien Aktion vgl. auch ZS „graswurzel revolution“ Nr. 67, 7/82). Anhand dieses Falls kann diskutiert werden, ob ein solches Vorgehen sinnvoll und erfolgversprechend ist, um sich gegen die atomare Bedrohung zur Wehr zu setzen. Hierbei wird die Legalitäts- und Legitimitätsproblematik wichtig (Widerstandsrecht – Widerstandspflicht). Auf historische und literarische Beispiele kann verwiesen werden („Weiße Rose“, Antigone).

Literatur

- Battke, Achim: Verteidigung ohne Waffen. Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik? Modell und Materialien für die schulische und außerschulische politische Bildung. Hg.: Verein für Friedenspädagogik Tübingen, 1979
- Landesjugendring Niedersachsen (Hg): Alternative Sicherheitskonzepte; Hannover 1982

ATOMWAFFENFREI? - JA BITTE!

Von Rudolf Bahro und Michaela von Freyhold

Indem die Friedensbewegung die neuesten Rüstungsanstrengungen der beiden Supermächte und ihrer Bündnisse zum Anlaß nimmt, muß sie zugleich den Versuch machen, diesmal bis zu den letzten Wurzeln der Gefahr vorzudringen. Wir wissen, die hochtechnisierten Kriegsmaschinen sind nur das sichtbarste Geschwür eines Weltzustandes, dessen Krankheit noch tiefer als in der bipolaren Rüstungsdynamik verursacht ist und in einem verhängnisvollen Zusammenhang mit den Errungenschaften unserer Zivilisation, mit der Effizienz unserer Wirtschaftsordnung steht.

Und wir wissen, wieviel Realität in der Feststellung steckt, es habe immer Kriege gegeben. Aber selbst wenn das gegen alle Regeln bisheriger Geschichte geht — wir sind an einen Punkt gekommen, wo zur Entscheidung steht: Entweder wir schaffen Krieg und Rüstung ab oder Krieg und Rüstung schaffen uns ab. Wir müssen bis zur letzten Konsequenz bereit sein, die Welt so zu verändern, daß Krieg und Rüstung unmöglich werden. Und es ist nicht nur moralisch notwendig, sondern auch historisch begründet, außerdem bietet es den einzig möglichen Zugriff, daß wir auf unserem eigenen Kontinent und in unserem eigenen Land damit beginnen.

Die verheerende Arbeits- und Lebensweise, die uns mit totaler Selbstvernichtung bedroht, ist von unserem Kontinent ausgegangen. Es kann kein Zufall sein, daß die aus der europäischen Zivilisation erwachsene Wissenschaft, Technik und Organisation ihren augenfälligsten Ausdruck in den Schrecken von Auschwitz und Hiroshima gefunden hat und heute im Weltmaßstab eher zerstörerisch als aufbauend wirkt. Es genügt, hier „friedlich“ so weiterzumachen wie bisher, damit in der Dritten Welt jährlich allein mehr Kinder Hungers sterben als jedes Jahr des Zweiten Weltkrieges Tote forderte.

Die reichen westlichen und die weniger reichen östlichen Industriestaaten auf der Nordhalbkugel des Planeten setzen mit ihrer militärischen Machtkonkurrenz auch dann, wenn die Bomben nicht explodieren sollten, die Zukunft der ganzen Gattung aufs Spiel. Nicht allein dehnt ihr Beispiel das Wettüben über die ganze Erde aus, sondern die Art, wie wir im Zeichen der Bombe leben und arbeiten, weist der südlichen Mehrheit der Menschheit den Weg in die Sackgasse unseres Industriesystems und treibt sie in eine ausweglose Verelendung, ja ins Verhungern hinein. Zugleich zerstört sie mit täglich wachsendem Tempo alle natürlichen Lebensgrundlagen.

Offenbar wird die Friedensbewegung die Bevölkerung unserer Länder nur dann endgültig für eine Politik der Umkehr gewinnen können, wenn sie dazu übergeht, eine Gesamialternative auszuarbeiten. Sie wird die radikalen Konsequenzen ihrer Vorschläge nicht verbergen. Jeglicher Anflug von Diplomatie und Poli-

tikasterei widerstrebt ihrer Natur als einer Graswurzelbewegung, deren Stärke der authentische Ausdruck der unmittelbaren Betroffenheit und der langfristigen Lebensinteressen ist.

Wir schlagen die atomare Entwaffnung Europas vor in einer Welt, in der der Prozeß der Ausbreitung von Kernwaffen keineswegs zum Stehen gekommen ist. Indem unser Kontinent — Ost und West — auf die wechselseitige atomare Abschreckung verzichtet, entscheidet er sich von vornherein dafür, auch auf zukünftig mögliche atomare Drohungen aus anderen Richtungen nicht mit atomarer Abschreckung zu antworten. Bekämen wir statt des bipolaren ein multipolares „Gleichgewicht des Schreckens“, würde die wachsende Unsicherheit des gegenwärtigen Zustandes in die Nahezu-Gewißheit der Katastrophe übergehen.

Aber eines der wichtigsten Motive jedenfalls der westlichen Rüstung ist schon heute die Sicherheit des Rohstoffnachschubs, der tatsächlich überlebenswichtig für die Europäer ist, solange sie in der gegebenen Art von Industriegesellschaft existieren. Denn die dafür nutzbaren Ressourcen ihres eigenen Territoriums haben sie ja schon weitgehend verbraucht. Ein kernwaffenfreies Europa bedeutet in letzter Instanz, daß wir uns morgen größtenteils mit den lokal vorgefundenen beziehungsweise verfügbaren Energiequellen und Materialien nähren, wärmen, kleiden, bilden und gesunderhalten werden. Und das werden nur diejenigen bewußt anstrengen oder wenigstens als Perspektive hinnehmen, die wissen, daß wir ohnehin nur auf solche Weise eine Zukunft haben und daß sie wahrscheinlicher erreichbar ist, wenn wir rechtzeitig den Weg dahin einschlagen.

Es wird gesagt, die Menschheit mußte fortan mit der Atombombe und all den anderen Ungeheuerlichkeiten leben, weil die entsprechenden Entdeckungen nun einmal gemacht worden seien und nie wieder vergessen werden könnten. Aber bloß ihre Anwendung mit Tabus zu belegen, wird nicht durchgreifen, wenn wir sonst nichts ändern. Bleiben sie, wie sie sind, werden die europäischen Gesellschaften bis an ihr nahes Ende unter dem Damoklesschwert ihres todbringenden Wissens leben. Doch daraus folgt, wir müssen uns eine Lebensweise schaffen, die einfach keine Verwendung dafür hat. Und unsere Gesellschaft muß so produzieren, daß ihre Fortdauer anders als jetzt mit dem menschenwürdigen Überleben der übrigen Menschheit vereinbar ist.

Die neue Friedensbewegung — als eine der wesentlichsten Komponenten der allgemeinen Umkehrbewegung, die jetzt überall aufkommt — will die Länder Europas so von Grund auf verwandeln, daß der schrankenlose Expansionsdrang überwunden wird, der von hier aus mit Kreuz und Schwert, Handel und Industrie, Wis-

senschaft und Kultur eine Welle von Eroberern nach der anderen über die Erde getrieben hat. Eben darin trifft sie sich mit den gleichzeitig und aus gleicher Wurzel fließenden Strömen des Widerstands gegen die Naturzerstörung, der Abwendung von den zentralen Staatsgewalten, des Bruchs mit der Gewohnheit, haben, haben zu müssen, der Überwindung des Patriarchats, der Verbundenheit mit den Verdammten dieser Erde in Asien, Afrika und Lateinamerika.

So betrachten wir unsere kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Aktionen als einen der Anfänge für eine Weltinnenpolitik von unten. Wir fühlen uns verbunden mit den Kräften in aller Welt, die der bestehenden unerträglichen Ordnung den Kampf angesagt haben, nicht zuletzt auch mit der Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten und mit allen denen in der Sowjetunion, die gleich uns einen Ausgang aus dem Wettüben suchen und um ihre Bürgerrechte kämpfen müssen, um ihre Bestrebungen überhaupt zum Ausdruck bringen zu können.

Mit der Verweigerung gegenüber der Logik der Rüstung beginnt jene Wiedergeburt einer ganz Europa übergreifenden politischen Kultur, die der Kontinent braucht, um eine Antwort auf die größte Herausforderung der Weltgeschichte zu finden. Erforderlich ist eine soziale Verfassung, mit der wir fähig werden, abzurüsten, uns mit dem Süden zu versöhnen und der globalen ökologischen Krise zu begegnen. Befreien wir uns von der Fremdbestimmung durch die vollmilitarisierten Großmächte, wird es auch leichter, diejenigen europäischen Kräfte zurückzudrängen, die auf die Politik militärischer Stärke setzen.

Die Chance für eine Wende ist gegeben. Der Konsens für die bisherigen Lösungen bricht zusammen. Die Menschen unseres Kontinents mobilisieren ihren Lebenswillen. Das Wort Frieden gehört nicht mehr der Ostblockpropaganda, sondern der Basisbewegung gegen das Wettüben, zumal in Westeuropa, aber nicht nur dort. Das Wort Freiheit gehört nicht mehr der NATO-Propaganda, sondern dem sozialrevolutionären Aufbegehren gegen den Staatsmonopolismus, zumal in Osteuropa, aber nicht nur dort. Die Bewegungen, die in Westeuropa vor allem Frieden, in Osteuropa vor allem Menschen- und Bürgerrechte fordern, richten sich gegen ein Syndrom, dessen zwei Gesichter Kehrseiten ein und derselben Medaille sind. Und sie meinen letzten Endes das gleiche Ziel: ein von unten wiedervereinigtes Europa der Völker, in dem die sozialen Wurzeln des Krieges, der Unterdrückung nach innen und des Kolonialismus nach außen ausgerissen sind.

Laßt uns für diese Idee in unseren Ländern die Mehrheit gewinnen! Tragen wir sie über Menschen, die dort dafür aufgeschlossen sind, in alle politischen, sozialen

und kulturellen Institutionen hinein! Und setzen wir diese Institutionen zugleich durch unsere Aktionen von außen so unter Druck, daß sie sich umgestalten und der neuen Richtung folgen müssen!

Definition einer atomwaffenfreien Zone

Den Begriff der atomwaffenfreien Zone verwenden wir der Kürze halber und setzen voraus, daß die Maßnahmen sinngemäß alle Massenvernichtungsmittel, insbesondere auch die chemischen und bakteriologischen Waffen, betreffen sollen.

Eine atomwaffenfreie Zone ist dadurch gekennzeichnet, daß auf ihrem Territorium — zu Lande wie zu Wasser — jegliche Entwicklung, Produktion und Stationierung eigener wie fremder Atomwaffen sowie jeglicher Beitrag zu derartigen Aktivitäten anderer Mächte (auch im Ausland) unterbleibt.

Das schließt ein, daß auch keinerlei eigene und fremde Stützpunkte, technische und logistische Installationen sowie Startrampen und Trägersysteme geduldet werden, die Atomsprenkköpfe aufnehmen oder deren Einsatz steuern können. Es wird auch kein Schutz durch Atomwaffen anderer Mächte beansprucht.

Die Forderung nach dem Abzug sämtlicher ABC-Waffen hat die natürliche Konsequenz, daß alle, auch die konventionellen Truppen atombewaffneter, das heißt einer atomaren Strategie verpflichteter Mächte mitabgezogen werden.

International macht das Land allen seinen Einfluß geltend, um die Nichtweitergabe von Kernwaffen, entsprechenden Materialien und Kenntnissen zu sichern und jeden Versuch, in irgendeinem Land atomare Streitkräfte neu aufzubauen (etwa Südafrika, Israel, Pakistan, Irak) zu verhindern.

Da Atomkraftwerke geeignet sind, Material für Atombomben zu erzeugen, und so die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu fördern, da sie weiterhin im Kriegsfall eine noch größere Bedrohung der eigenen Bevölkerung als niedergehende Atombomben darstellen, sollen keine weiteren gebaut, die vorhandenen demontiert und Exporte untersagt werden.

Grenzen der verbleibenden Rüstungen

Da erstens beispielsweise Kampfflugzeuge und Artillerie sowohl konventionelle als auch atomare Munition befördern können; da zweitens nach den Planungen der Generalstäbe fließende Übergänge zwischen konventionellem und atomarem Krieg existieren (Überlegenheit eines konventionellen Angreifers soll mit „taktischen“ Atomschlägen beantwortet werden); da drittens die Folgen eines etwas längeren konventionellen Krieges denen eines kürzeren atomaren Schlagabtausches gleichkommen können — darf die Maximalbewaffnung einer atomwaffenfreien Zone einzig und allein erkennbar defensiven Charakter tragen (konventionelle Abwehr; keine Waffen, die ein fremdes Territorium bedrohen können).

Es dürfen auch keine über diese Marke hinausgehenden Waffen entwickelt, gebaut und exportiert werden. Insbesondere ist jeglicher Export von Offensiv-

waffen in blockfreie Länder auszuschließen. Fremden Mächten dürfen keine Stützpunkte für Interventionen in Drittländer zur Verfügung gestellt oder offengehalten werden.

Auf Zivilschutz gegen atomare Bedrohung wird verzichtet, weil entsprechende Anstrengungen, abgesehen von der materiellen Vergeudung, die Illusion nähren, es könnte Schutz gegen einen Atomkrieg geben und es könnte Sinn haben, einen Atomkrieg zu überleben.

Forderungen der Friedensbewegungen in ihren Ländern

Die Friedensbewegungen können von den zuständigen Institutionen (Parlamenten, Regierungen, Parteiführungen) fordern:

- in Ländern, die bereits atomwaffenfrei und neutral sind: daß das Land umgehend zur atomwaffenfreien Zone erklärt wird und alle eventuell noch erforderlichen Konsequenzen gezogen werden, um ein international wirksames Vorbild zu geben.

- in Ländern, die (noch) atomwaffenfrei, aber in Militärbündnissen sind: daß das Land seine Entschlossenheit erklärt, unbedingt in diesem Status zu bleiben und daß nach der obigen Definition öffentlich untersucht wird, welche Stützpunkte, Installationen, Trägersysteme usw. diesem Status widersprechen, demgemäß beseitigt werden müssen, und welche Abmachungen im Bündnis zu kündigen sind, da sie auf ein Zusammenwirken irgendwelcher Art mit der atomaren Strategie anderer Mächte hinauslaufen.

- in allen Ländern, in denen Atomwaffen stationiert sind, als sofortigen Schritt: daß der bedingungslose Verzicht auf den Ersteinsatz erklärt bzw. im Bündnis vertraglich gesichert sowie die Entfernung jeglicher entgegenstehender Annahmen aus der Verteidigungsplanung des Bünd-

nisses verlangt wird. Weiterhin:

- in Ländern, in denen Atomwaffen fremder Mächte stationiert sind oder stationiert werden sollen: daß alle Abmachungen im Bündnis gekündigt werden, die die vorhandenen und geplanten Stationierungen ermöglichen, daß die Aufnahme neuer atomarer Systeme einschließlich jeglicher Modernisierung bedingungslos abgelehnt und der Abzug aller vorhandenen Atomsprenkköpfe sowie sämtlicher dazugehöriger technischer und logistischer Installationen, die Demontage der Rampen sowie der Abzug der Trägersysteme durchgesetzt wird, daß alle eigenen Installationen und Trägersysteme zur eventuellen Übernahme atomarer Munition sowie zur Einbindung der eigenen Verteidigung in die atomare Strategie anderer Mächte abgebaut und die logistischen Verbindungen unterbrochen werden, daß nach der obigen Definition einer atomwaffenfreien Zone öffentlich untersucht wird, welche weiteren Maßnahmen getroffen werden müssen, und daß die entsprechenden Umstellungen eingeleitet werden.

- in Ländern, die eigene Atomwaffen besitzen (England und Frankreich): daß als Voraussetzung aller hier um so dringlicheren Maßnahmen die Idee der nationalen Souveränität und der internationalen Rolle des Landes von der absurden Vorstellung gereinigt wird, es gäbe irgendwelche Werte, die mit atomaren Waffen verteidigt und erhalten werden können, und daß aufgrund dieser Einsicht der Abbau der vorhandenen Potentiale erfolgt und jegliche Einbindung in atomare Strategien beseitigt wird.

Dies sind Auszüge aus dem Entwurf einer „Charta für ein atomwaffenfreies Europa“, vorgelegt auf der „Europäischen Tagung über nukleare Abrüstung“ im Juli '82 in Brüssel.



Mahatma Gandhi beim „Salzmarsch“ 1930. Er forderte seine Anhänger auf, selbst Salinen anzulegen und Salz zu gewinnen, um die Salzsteuer der britischen Kolonialmacht zu boykottieren: ein weiteres Vorbild für zivilen Ungehorsam.

Sechs Thesen

Von Andreas Buro



I.
Es wird immer zwischenstaatliche Konflikte aufgrund unterschiedlicher Interessen geben. Werden sie existentiell bedrohlich, so werden Krieg oder Kapitulation wahrscheinlich. Wo, wie in Mitteleuropa, Krieg gleich Vernichtung ist, muß Friedenspolitik vorrangig auf eine konsequente Konfliktbearbeitung und -verminderung drängen. Militärische Strategien sind diesem Ziel untergeordnet. Konfliktbearbeitung bedeutet gesellschaftliche Veränderung im ökonomischen, politischen, militärischen und sozialpsychischen Bereich mit Auswirkungen nach innen und außen. Friedenspolitik darf solche Veränderungen nicht blockieren wollen. Sie muß aber gewährleisten, daß der gesellschaftliche Änderungsprozeß ohne äußere militärische Intervention verlaufen kann.

II.
Die bestehenden militärischen Apparate und ihre Abschreckungsstrategie behindern die Konfliktbearbeitung. Sie stellen über das Wettrüsten und die daraus folgende wachsende Bedrohung der jeweils anderen Seite einen erstrangigen Konfliktbereich dar. Um Abschreckungsstrategie glaubhaft zu machen und zu legitimieren, ist die sie tragende Politik daran gebunden, in den Gesellschaften ihres Blocks Konfrontationshaltung und starre Feindbilder aufrecht zu erhalten. Damit ist ein Zirkel der sich selbst erfüllenden Prophezeiung geschaffen, der Konflikt- und Problemlösungen weitgehend blockiert und durch Wettrüsten Vernichtungsbedrohung ständig vergrößert.

Friedenspolitik muß deshalb aus dem Wettrüsten mit bedrohenden Offensivwaffen ausscheiden und das Prinzip der Nichtbedrohung in der eigenen Waffenstruktur konsequent verwirklichen. D.h. Verzicht auf alle Massenvernichtungsmittel und alle atomaren und konventionellen Waffensysteme, die unter der militärischen Logik des „schlimmsten Falles“ die andere Seite bedrohen können. Dazu gehört auch der Verzicht auf atomare Zweitschlagskapazitäten. Eine solche Umstrukturierung, die auch das Konzept der freien Zonen umschließt oder mit solchen Zonen in anderen Ländern des Blocks verträglich ist, wird unter dem Begriff des strikten Defensivkonzeptes zusammengefaßt. Es steht unter dem Primat politischer Friedenssicherung.

III.
Das Prinzip der ‚Nicht-Bedrohung der anderen Seite‘ ist der Schlüssel zur Abrüstungsdynamik. Der Ostblock kann seinerseits in den europäischen Gebieten auf Defensivkonzepte umstellen, wodurch auch die Defensivwaffen hier wiederum überflüssig werden. Da wir aber nicht in einer friedlichen Welt leben, muß das Prinzip der Nicht-Bedrohung durch das der Abhaltungsfähigkeit ergänzt werden. Hierzu gehören:

- Bemühungen um Abbau der von uns produzierten Konfliktursachen.
- Kooperationsbereitschaft bei der Überwindung von Konfliktursachen und zur Herstellung eines Verhältnisses des gegenseitigen Vorteils.
- Widerstandsfähigkeit, die hohe Kosten für einen Angreifer und hohe Aufenthaltskosten für eine Besatzungsmacht vorhersehen läßt. Mit Entfaltung von Abrüstungsdynamik und Abhaltungsfähigkeit, sowie der Fähigkeit zu sozialer Verteidigung, kann diese zunehmende Bedeutung gegenüber der militärischen Defensivkomponente gewinnen.

IV.
Wenn Friedenspolitik Abrüstungsschritte nach dem Prinzip der Nicht-Bedrohung organisiert, so stellt dies keine ‚Vorleistung‘ dar. Hierdurch mindert sich sowohl die Kriegsgefahr, wie auch das mitteleuropäische Vernichtungsrisiko. Die Schritte lägen also im eigenen Friedens- und Sicherheitsinteresse. Deshalb können sie auch einseitig verwirklicht werden, ohne auf multilaterale Verhandlungen unter dem Gesichtspunkt von ‚Gleichgewichten‘ Rücksicht nehmen zu müssen. Diese Möglichkeit des einseitigen Vorgehens schließt nicht multilaterale Verhandlungen – etwa über eine Ausdehnung von atomwaffenfreien Zonen – und schon garnicht die deutliche Aufforderung an den Warschauer Pakt aus, auch seinerseits auf Defensivkonzepte umzustellen und sein enormes Offensivpotential abzubauen.

Friedenspolitik in Richtung Abrüstung ist kein Königsweg ohne Risiko. Jedoch wird auf ihm Risiko eingegangen, um Konfliktursachen zu beseitigen. Ein Vernichtungsrisiko für Mitteleuropa entiele mit großer Wahrscheinlichkeit. Dagegen würde bei Fortführung des Wettrüstens dieses in wachsendem Maße eingegangen, ohne daß Problemlösungen erreicht und Konfrontation in Kooperation umgewandelt würde.

V.
Friedenssicherung dieser Art ist ein weitreichender politischer Vorgang, der eingeschlossene soziale, ökonomische und politische Verhältnisse berührt, bewirkt doch gerade die Form der gesellschaftlichen Reproduktion im weitesten Sinne die zwischenstaatlichen Konflikte und Interessendivergenzen. Es werden jedoch nicht nur die innergesellschaftlichen, sondern sowohl die Beziehungen zwischen den Blöcken, wie auch die innerhalb der Blöcke verändert. Angesichts der zwar abgeschwächten, aber noch immer wirksamen Bipolarität des internationalen Sy-

stems ist zwar eine unilaterale, nationale Einleitung einer solchen Friedenspolitik denkbar, diese muß jedoch auch darauf zielen, den ganzen Block für die neue Politik zu gewinnen. Deshalb können nicht Austritt aus NATO oder Warschauer Pakt an ihrem Anfang stehen, sondern Bemühungen um eine Veränderung der Blockpolitik. Der Internationalismus der Friedensbewegungen in West und Ost hat auch diesem Ziel zu dienen.

VI.
Die Durchsetzung einer auf Abrüstung orientierten Friedenspolitik wird nur möglich, wenn die Gesellschaften die Abschreckungspolitik nicht mehr akzeptieren und sich weigern, sie weiterhin mitzutragen. Trotz der vielfachen Bedrohungsgefühle bei den Bürgern hat Konfrontationspolitik eine breite sozialpsychische Basis in unserer Gesellschaft. Sie ist nicht einfach durch rationale Aufklärung, sondern nur durch massenhafte soziale Lernprozesse zu verändern. Diese verlaufen nicht schnell und erfordern deshalb einen langen Atem der Friedensbewegung. Als Rahmenbedingungen für eine günstige Entfaltung von sozialen Lernprozessen sind wenigstens einige zu nennen:

- Die Friedensbewegung muß ihre Autonomie gegenüber Ost und West verteidigen, um ihre Glaubwürdigkeit zu sichern. Sie kann dies, ohne deshalb den Dialog mit denjenigen abzubrechen, die den Osten oder den Westen für das genuine Friedenslager halten. Im Dialog mit diesen kann sie gleichsam in ihrem Bereich ein Stück Konfliktbearbeitung leisten.
- Noch mehr unter konservativer als schon unter sozial-liberaler Herrschaft ist mit einer nicht zuletzt ideologisch bestimmten Polarisierung der Gesellschaft zu rechnen, die den innergesellschaftlichen Dialog be- oder gar verhindert. Dadurch wird es der Friedensbewegung erschwert, die ganze Gesellschaft anzusprechen. Sie muß sich deshalb gegen jede Polarisierung wehren und sich unbeirrt an alle Teile der Gesellschaft wenden. Ihre Pluralität ist dabei von größtem Nutzen.

- Im sozialen Lernprozess zur Überwindung von eingeschlossenen Werthaltungen und Normen sind die Möglichkeiten zu positiven Identifikationen von größter Bedeutung. Auch deshalb muß Friedensbewegung gewaltfreie Konflikt austragungsformen und von Kooperationsbereitschaft und Zuwendung geprägte Lebens- und Umgangsformen entwickeln und praktizieren, die in Übereinstimmung mit den Hoffnungen von Menschen auf ein sinnvolles Leben und freundschaftliche, dem Lernen dienende Konfliktbearbeitung stehen.

- Soziale Lernprozesse im Sinne von Konfliktbearbeitung entwickeln sich schwer unter repressiven Bedingungen. Deshalb sind gesellschaftliche und individuelle Freiheit und die Ausweitung von Demokratie unerlässliche Bedingungen für Friedenspolitik. Die Friedensbewegung darf weder den erreichten Grad an Demokratisierung aufgeben, noch den Kampf um ihre weitere Entfaltung vernachlässigen.



Vom 28.7.–11.8. fand beim Atomwaffenlager in Großengstingen/Schwäbische Alb eine Blockadeaktion statt. 700 in Bezugsgruppen organisierte Friedenskämpfer übten sich 2 Wochen in gewaltfreier Aktion.

SCHAFFT EINE, ZWEI, DREI, VIELE ATOMWAFFENFREIE ZONEN !

Die Friedensbewegung wächst weiter. In unserem Land und international. Viele Gruppen verbreitern ihre Basis. Aus allen Lagern stoßen Bürgerinnen und Bürger hinzu. Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung gibt es inzwischen in fast allen Gemeinden der Bundesrepublik. Über drei Millionen Menschen haben den **Krefelder Appell** unterschrieben und gefordert: Keine Stationierung neuer Atomraketen. Bei den großen Friedenskundgebungen in Bonn und Berlin haben sich bis zu 500.000 Teilnehmer zusammengefunden und für Frieden und Abrüstung demonstriert. Viel mehr noch zeigen sich Stärke und Vielfalt der Friedensbewegung in ihren zahllosen Basisaktivitäten. Bei den Friedenswochen und Ostermärschen konnten an tausenden Orten viele neue Anhänger für die Sache des Friedens und der Abrüstung mobilisiert werden.

Zugleich wächst die Einsicht in der Friedensbewegung, daß es nicht ausreicht, die Stationierung der neuen, immer gefährlicheren Massenvernichtungsmittel zu verhindern, sondern daß ein völliges Umdenken in der Sicherheitspolitik erforderlich ist. Es gilt, der Dynamik ungehemmter Aufrüstung die Dynamik einer schrittweisen Abrüstung entgegenzusetzen. Dabei dürfen wir uns nicht auf die globalen Verhandlungen der Großmächte verlassen, die bisher das Wettrüsten nicht verhindert haben. Wir müssen mit dem „Frieden machen“ in unserem eige-

nen Land beginnen. Nur so können wir erwarten, daß auch die andere Seite unter Legitimationsdruck gerät und Abrüstungsschritte ergreift. Für die Bundesrepublik Deutschland, in der Mitte Europas und an der Nahtstelle der Blöcke, wollen wir als unser nächstes Ziel an die Stelle der „Nachrüstung“ die Vor-Abrüstung setzen.

In zahlreichen Ländern der Erde wird die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen immer lauter. In den USA haben sich mehrere Bundesstaaten zu atomwaffenfreien Zonen erklärt. In Großbritannien zum Beispiel sind Groß-London und Wales zu atomwaffenfreien Zonen proklamiert worden. In den Niederlanden ist bereits jede zehnte Gemeinde eine atomwaffenfreie Zone, und auch in den skandinavischen Ländern ist längst eine Mehrheit der Bevölkerung für ein atomwaffenfreies Nordeuropa. Die Städte Sheffield (Großbritannien) und Donez (UdSSR) haben gemeinsam die Atomwaffen geächtet.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben sich bereits zahlreiche lokale Gruppen und überregionale Organisationen, wie Aktion Sühnezeichen und die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, auf eine Kampagne für atomwaffenfreie Zonen „vor der Haustür“ eingestellt. Einige Gemeinden und Städte gelten bereits als atomwaffenfreie Zonen.

Wir unterstützen dies und rufen die gesamte westdeutsche Friedensbewegung

auf: Machen wir eine groß angelegte Kampagne für Abrüstung in unserem Land. Schaffen wir eine atomwaffenfreie Zone Bundesrepublik Deutschland. Dies wollen wir erreichen, indem wir dort, wo wir leben und arbeiten, viele kleine atomwaffenfreie Zonen proklamieren und errichten. Bis in die letzte Ecke der Bundesrepublik. Atomwaffenfreie Zone Wohnung, Haus, Grundstück ... Atomwaffenfreie Zone Schule, Krankenhaus, Betrieb, Universität, Altersheim, Kirche, Büro, Gefängnis, Kaserne ... Atomwaffenfreie Zone Straße, Stadtteil, Dorf, Gemeinde, Landkreis, Großstadt ... Schaffen wir zahllose atomwaffenfreie Zonen von unten, die sich vernetzen und dadurch unsere Forderung nach einer atomwaffenfreien Bundesrepublik Deutschland unüberhörbar und unwiderstehlich machen. Geben wir der Welt ein Beispiel, daß wir ohne Atomwaffen leben wollen und für wirkliche Abrüstung!

Gruppe Friedens-Manifest '82: Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Gerd Bastian, Heinrich Böll, William Borm, Andreas Buro, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Robert Jungk, Petra Kelly, Ulrich Klug, Horst Krautter, Oskar Lafontaine, Josef M. Leinen, Alfred Mechttersheimer, Wolf-Dieter Narr, Martin Niemöller, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Kurt Scharf, Klaus Vack.

Großengstingen: Einübung gewaltfreier Blockade

„Ich stelle mir vor, daß dreihunderttausend oder vierhunderttausend oder noch mehr Leute in diesem Land dann dasselbe tun, was wir hier machen“, sagt Ulrike Adolph. „Ich stelle mir vor, daß sie alle Raketenkasernen und Atomwaffenlager in der Bundesrepublik mit ihren Körpern umringen und blockieren.“

Ulrike Adolph hockt auf einer Asphaltstraße, zusammen mit dreißig anderen jungen Frauen und Männern.

Die Straße mit den Sitzenden befindet sich in der Gemarkung von Großengstingen auf der Schwäbischen Alb, 780 Meter über dem Meeresspiegel. Sie führt außen am Zaun eines Kasernenareals der Bundeswehr entlang und steigt dann über eine kahle Schafweide sanft zu einem Gehölz hin an, das „Kohlhäule“ heißt und ein Sondermunitionslager der Nato birgt: In drei Bunkern sind dort mindestens sechs Atomsprenkköpfe für „Lance“-Raketen deponiert.

Eine Gruppe amerikanischer Soldaten hält die Sprengköpfe unter Verschluss, aber Bundeswehrsoldaten bewachen das Lager, ein deutscher Hauptmann ist Kommandant. Denn im Ernstfall, und wenn der amerikanische Präsident es für richtig hält, sollen deutsche Kanoniere diese Atomladungen abfeuern. Jede besitzt die dreifache Explosionskraft der Hiroshima-Bombe.

Nichts Besonderes also: bloß sechs von den sechstausend Atomsprenkköpfen der Nato, die größtenteils in der Bundesrepublik liegen. Bloß ein kleines Depot unter den vielen, die von der Ostsee bis zum Lechtal überall hinter friedlichem Grün und trauter Alltäglichkeit jetzt schon in der deutschen Erde vergraben sind. Doch eben dieses Großengstinger Lager (Kennwort „Golf“) haben die „gewaltfreien Gruppen“ der Friedensbewegung sich ausgesucht, um passiven Widerstand und „bürgerlichen Ungehorsam“ gegen die Atomrüstung zu üben.

Schlichter gesagt: Eine volle Augustwoche lang, von Sonntagmittag zu Sonntagmittag, haben an 700 Leute reihum und schichtweise auf der Straße zum Atomdepot gesessen und sie blockiert. Rücken an Rücken haben sie dagehockt vor dem Stacheldrahthindernis, das die Bundeswehr selber über die einzige Zufahrt legte, weil sie fürchtete, daß sie es mit Chaoten zu tun bekommt, die das Waffenlager zu stürmen versuchen.

Doch nein. Gewaltlos haben die Friedniks gesessen, sich „widersetzt“, haben meditiert, gesummt, gesungen, gelesen, palavert. Tag und Nacht sind sie präsent gewesen: vermmummt im kriechenden Morgennebel, entblößt in der Mittagssonne,

unter Plastikplanen kauern bei Gewittergüssen, bibbernd und sich warmhüpfend beim bänglichen Schein von Petroleumlampen morgens um drei.

Zweimal, auch dreimal am Tag rückt deshalb eine eindrucksvolle Kolonne von der Kaserne her gegen das Häuflein der Friedniks vor: ein Polizei-Pkw, zwei jaulende Unimog-Lkw der Bundeswehr mit der neuen Wachmannschaft und warmer Verpflegung, weitere Polizei-Streifenwagen und acht grasgrüne Mannschaftsbusse, aus denen, wenn die Streitmacht stoppt, eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei quillt und in zwei Reihen nach vorn marschiert zur Körper-Barriere der Demonstranten.

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie durch Sperren einer öffentlichen Straße eine strafbare Handlung begehen“, sagt der Polizei-Einsatzleiter halblaut zu den Hockenden. Doch seine Beamte haben keine Helme auf, keine Schilde vor der Brust. Sie tragen die Blockierer fort und sperren sie zur Personalienfeststellung in einen Omnibus ...

„Mir machet des net, um euch zu ärgre“, sagt eine junge Frau aus Tübingen zu einem Polizisten, der verlegen an ihr vorbeizuschauen versucht. Doch beharrlich erklärt sie sich: Sie sei hier, weil sie nicht begreife, daß „d' Leut“ so gleichgültig sein können gegenüber den Massenvernichtungswaffen vor der eigenen Hintertür, so gleichgültig, „wie wenn se schon tot wäret“ ...

Sinn der von ihnen angekurbelten Kampagne: „Aus der Betroffenheit der Region heraus einen Widerstand langsam zu entwickeln und aufzubauen.“

Gewaltfreiheit? Passiver Widerstand? Mahatma Gandhis Inder haben sich vor 50 Jahren zu Tausenden auf Eisenbahngleise gesetzt und Militärzüge aufgehalten, haben das Funktionieren der britischen Kolonialmacht gestört und auf unblutige Art Publicity bekommen. Martin Luther Kings schwarze Anhänger haben 1963 in Alabama die gesetzlich verankerte Rassentrennung in Autobussen und Schnellrestaurants mit „Sit-ins“ durchbrochen, haben sich festnehmen und einsperren lassen, bis kein Platz mehr war in des Sheriffs Knast.

Gegen Kolonialherrschaft und das offenkundige Unrecht der Rassendiskriminierung mögen solche Methoden ja angehen. Auch in der DDR, wenn dort nicht schon passive Resistenz so riskant wäre. Aber in der bundesdeutschen Musterrepublik? Ist nicht eindeutig die Mehrheit des Volkes damit einverstanden, daß dieser Staat durch atomare Abschreckung geschützt wird? Kann es dagegen ein zwar gewaltfreies, doch bestehende Gesetze verletzendes Widerstandsrecht geben? ...

Wenn der einzelne Bürger vor seinem Gewissen erkenne, daß der Staat im Namen der Mehrheit gegen Moral und Menschlichkeit verstößt, dann habe dieser Bürger geradezu „die Pflicht zum bürgerlichen Ungehorsam“ — so der Amerikaner Henry David Thoreau 1849 in seinem ruhmreichen Essay „On Civil Disobedience“.

Gandhi und Martin Luther King beriefen sich auf Thoreau. Auch die deutschen Verfechter der Gewaltfreiheit greifen heute auf den Amerikaner zurück, um den Widerstand gegen amerikanische Atomsprenkköpfe in der Bundesrepublik zu rechtfertigen.

Dem Bundesjustizminister Jürgen Schmude, der davor warnt, „daß mit dem Gerede vom bürgerlichen Ungehorsam den Anfängen des Chaos das Tor geöffnet wird“, hat der Stuttgarter Konfliktforscher (und Teilnehmer an der Engstinger Blockade) Wolfgang Sternstein geschrieben:

„Immer wieder wird behauptet, bürgerlicher Ungehorsam sei undemokratisch, da hier eine Minderheit versuche, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen. Das ist falsch. Wo immer die Mehrheit beschließt, Unrecht zu tun, hat der einzelne beziehungsweise die Minderheit die Pflicht, sich diesem Beschluß zu widersetzen, indem sie sich weigert, an diesem Unrecht mitzuwirken.

Ich bin mit vielen anderen der Überzeugung, daß das atomare Wettrüsten ein Verbrechen ist, da es früher oder später zum Atomkrieg führt. Daraus folgt: Wer an diesem Verbrechen nicht mitschuldig werden will, ist zum gewaltfreien Widerstand verpflichtet ...

Gewaltfreier Widerstand zielt letztlich darauf ab, durch massenhaften Widerstand das von der Mehrheit beschlossene Unrecht undurchführbar zu machen.“

Nachsatz:

Um Überreaktionen und eskalierende Gewalt der Staatsmacht zu verhindern, wurden bereits Monate vor dieser gewaltfreien Aktion Informationsgespräche mit Polizei- und Kasernenleitung geführt. Auch während der Blockade waren alle Informationen frei zugänglich.

Dennoch ist zu erwarten, daß auf alle erfaßten Aktionsteilnehmer ein Strafverfahren wegen Nötigung zukommt.

Bittorf: „Aber noch ist völlig unklar, wie die Justiz in Reutlingen einen Prozeß gegen mehr als 700 Leute abwickeln will — so unklar wie das, was die Polizei gegen größere und länger dauernde Blockaden der Großengstinger Art zu unternehmen berechtigt und imstande wäre.“

DER NORD-SÜD-GÜRTEL

Von Alva Myrdal

Nach 20 Jahren strikter Gefolgschaft gegenüber dem vorherrschenden Bündnisdenken erwacht der Gedanke an ein engeres Zusammenrücken der europäischen Nationen untereinander zu neuem Leben. Er ist von dem wachsenden Bewußtsein und der hitzigen Debatte um die Gefährdung der europäischen Sicherheit getragen, die durch die Installation eurostrategischer Raketen zugespitzt wird. Als Folge davon werden Pläne für eine alle dreißig de facto nicht-atomaren Staaten Europas umfassende „Sicherheitszone“ erörtert, z.B. von einer Gruppe prominenter politischer und wissenschaftlicher Persönlichkeiten, die auf eine belgische Initiative zurückgeht. Der Begriff der „Sicherheitszone“ soll darauf hinweisen: Es ist an der Zeit, Mittel-, Nord- und Südeuropa von allen ausländischen, konventionellen und atomaren Waffen zu befreien. Sie würde uns von der gegenwärtigen Absurdität befreien, uns damit zu begnügen, daß wir uns auf eine der beiden Seiten schlagen und dann passiv den Holocaust abwarten dürfen.

Wenn einer der als Beispiel zitierten Pläne in die Tat umgesetzt worden wäre – und es gab und gibt weit mehr von diesen Plänen –, hätten wir heute einen starken Gürtel neutraler Staaten, die sich von Lappland im Norden bis Griechenland erstrecken. Nicht nur als Schwedin, sondern um der europäischen Sicherheit willen bedauere ich lebhaft, daß keiner dieser Pläne je über das Stadium idealistischer Träume hinausgeraten ist. Das Dilemma ständig anwachsender militärischer Macht über uns und ständig abnehmender nationaler Sicherheit für unsere Völker besteht fort.

Da ein solcher umfassender „neutraler Gürtel“ zwischen Ost und West nicht zu erreichen war, knüpften sich die Hoffnungen daran, wenigstens eine atomwaffenfreie Zone zwischen den Supermächten zu errichten und auf diese Weise zugleich größere Freiheit von deren Vorherrschaft über die kleineren Länder Mitteleuropas zu erlangen.

Die Initiative ergriff der damalige polnische Außenminister Rapacki, der 1957 der UN-Vollversammlung eine Resolution mit dem Vorschlag anbot, eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, die neben Polen auch Ost-Deutschland und West-Deutschland umfaßte. In der nächsten Version wünschte auch die CSSR beizutreten. Der Rapacki-Plan scheiterte in seinen aufeinanderfolgend immer bescheideneren Versionen an der beharrlichen Weigerung West-Deutschlands, ihm beizutreten, da die USA nicht gewillt waren, auf die Stationierung von Kernwaffen auf deutschem Boden zu verzichten.

Heute verdient der Rapacki-Plan erneute Aufmerksamkeit. Verhandlungen sollten sich auf die drei Parteien konzen-

trieren, auf die er ursprünglich abzielte: Polen, Ost- und West-Deutschland. Sie könnten bei schrittweisem Geben und Nehmen untereinander ein „Gleichgewicht“ schaffen, denn sie sind ja zum Gefechtsfeld eines erneuten Massengemetzels auserkoren. Dafür spricht auch, daß diese Länder gemeinsam den Zutritt der südlichen Ostsee kontrollieren, von wo aus Kernwaffen bis weit in den Norden eingesetzt werden können. Damit sind auch Interesse und Möglichkeit verknüpft, den Rapacki-Plan mit dem Kekkonen-Plan zu verbinden.

Der wichtige politische Haken liegt dabei natürlich darin, daß die USA mehr Kernwaffen aufgeben müßten, nämlich bereits stationierte wie auch für zukünftige Abschußrampen geplante. Ein Opfer muß daher auch von der Sowjetunion erwartet oder verlangt werden: die Verminderung bzw. der Abzug eigener Raketen von ihrem Territorium, d.h. von SS-20. Die zahlenmäßige Verringerung und/oder Verlagerung in entferntere Regionen muß deshalb in den Verhandlungen besprochen werden. Die betroffenen Länder müssen sich über die Notwendigkeit wechselseitiger „Opfer“ beider Supermächte im klaren sein und ihre Forderungskataloge sofort vorbereiten.

Einen neuen, lebensfähigeren Versuch stellte der „Kekkonen-Plan“ dar. Er ist etwas jünger an Jahren. Finnlands Präsident Kekkonen stellte ihn 1963 vor, und die finnische Regierung, jedoch kaum jemand sonst, hat ihn mit dringlichen Mahnungen über all die Jahre am Leben gehalten. Er sieht vor, die bereits atomwaffenfreien Länder Finnland und Schweden, die beide außerhalb von NATO und Warschauer Pakt stehen, sollten sich gemeinsam mit den beiden anderen

skandinavischen Ländern, Dänemark und Norwegen, zu einer „nordischen“ Zone zusammenschließen.

Diese beiden skandinavischen Länder haben trotz ihrer NATO-Mitgliedschaft die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Boden verhindert. Deshalb stellen die vier nordeuropäischen Länder in Friedenszeiten de facto eine Zone der atomaren Abrüstung dar.

Diese Zone auch im Kriegsfall von einem drohenden atomaren Angriff zu schützen, bedarf unabhängiger politischer Entscheidungen auf nationaler Ebene in Dänemark und in Norwegen selbst, bedarf aber zugleich auch alliierter Verhandlungen.

Wenn die in den Plänen von Kekkonen und Rapacki vorgesehenen Länder – in modernisierter Version, wie sie heute von den betroffenen Nationen vorzuziehen sein mag – sich zusammenschließen und sich in einem großen Wurf mit den existierenden blockfreien Ländern verbinden, die bereits waffenfrei sind, dann können wir endlich mit Recht und realistisch von einem atomwaffenfreien Gürtel oder einer solchen „Zone“ sprechen, die sich vom Nordkap bis zum Mittelmeer erstreckt. Selbst wenn dieser Gürtel nicht entmilitarisiert wird, und das war einst der Traum, oder neutralisiert wird, und das war zuweilen das politische Ziel (das heißt frei von ausländischen militärischen Einrichtungen), stellte er doch durch die atomare Abrüstung einen ungeheuren Durchbruch von weltgeschichtlicher Bedeutung dar. Er brächte einen großen Gewinn an Sicherheit für unseren Teil der Welt und – mit uns – für die gesamte nördliche Hemisphäre und überließe es den Supermächten, ihre bewaffneten Konflikte auf ihrem eigenen Gebiet auszutragen.



Aus: Atomare Abrüstung in Europa;
in: Befreiung 22/23 Okt. 1981, S. 11–51

ABHALTEN STATT ABSCHRECKEN !

Die Warnungswirkung der Sozialen Verteidigung

Von Theodor Ebert

Den Befürwortern einseitiger Abrüstung (Unilateralisten) wird von ihren Kritikern immer wieder vorgehalten, sie stünden auf dem Standpunkt „Lieber rot als tot“. Obwohl diese einfache Formel im Blick auf einen atomaren Holocaust einen vernünftigen Kern hat, vermag sie doch weder die politischen Erwartungen, noch die tatsächlichen Befürchtungen der Unilateralisten zu erfassen. Diese denken nicht an die Unterwerfung unter irgend eine Diktatur – ob kommunistisch oder kapitalistisch –, sondern befürworten in der Regel den zivilen Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik. Sie meinen, daß dessen Ankündigung und Vorbereitung auf potentielle Aggressoren eine abhaltende Wirkung ausüben werde. Gegenüber der militärischen Abschreckung soll dieses gewaltfreie Abhalten den Vorteil haben, daß es vom Gegner nicht als potentiell aggressiv interpretiert werden kann. Er soll dadurch seinerseits ermuntert werden, abzurüsten, ohne daß dies vertraglich geregelt sein müßte. Wird aber durch das Entfallen der wechselseitigen Zerstörungsgarantie (mutual assured destruction) eine Aggression nicht wieder wahrscheinlicher, die internationale Lage noch instabiler? Die militärischen Gleichgewichtsstrategen meinen, daß der zivile Widerstand zwar eine gewisse Kampfkraft entfalten mag, daß aber das Risiko des Aggressors im Vergleich zu früher sehr viel geringer sei und er darum relativ gefahrlos den Versuch machen könne, ein unbewaffnetes Volk zu unterjochen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Aggressoren den zu erwartenden Widerstand möglicherweise falsch einschätzen. Es gibt für solche Fehl kalkulationen und auch für anschließende Lernprozesse einige historische Beispiele. Die französische Regierung hat 1923 die Widerstandsbereitschaft im Ruhrgebiet unterschätzt und dann beim Anschluß der Saar ans Dritte Reich nicht mehr zu intervenieren gewagt. Die UdSSR hat 1968 in der CSSR und 1979 in Afghanistan mit raschen Erfolgen gerechnet; die Streikaktionen der Gewerkschaft „Solidarität“ ließen 1980 in Polen solche Erwartungen nicht mehr zu. Die Massendemonstrationen, die 1981 dem Putschversuch in Spanien folgten, hatten auch zum Ziel, auf potentielle Nachfolgetäter eine abhaltende Wirkung auszuüben.

Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

Die abhaltende Wirkung basiert darauf, daß die Verteidiger versuchen, einem potentiellen Aggressor eine **Kosten-Nutzen-Analyse** vorzulegen. Die Kosten würden dem Aggressor vor allem dadurch entstehen, daß die Angegriffenen sich weigern, mit ihm zusammenzuarbeiten. Das

Konzept der Sozialen Verteidigung sieht eine Politik der „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“ vor, das heißt in der Regel, daß der Bürger an seinem Arbeitsplatz bleibt, aber den Usurpatoren konsequent den Gehorsam verweigert und der Widerstandssituation entsprechend seine bisherigen Pflichten weiter erfüllt und auch seine Arbeitsvorhaben vorantreibt. Durch dieses demonstrative Ignorieren der Autorität des Aggressors soll dieser gezwungen werden, nachzugeben oder aber die Stellen der Unbotmäßigen mit eigenem Personal zu füllen. Die Verteidiger wollen ihm also nicht gestatten, im Stile der „Auftragsverwaltung“ lediglich in den vermuteten Kommandozentralen der Politik, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens das Führungspersonal auszuwechseln, um das besetzte Land zu kontrollieren; sie wollen den Aggressor vielmehr durch die Nichtzusammenarbeit auch der untergeordneten Instanzen bzw. durch die Teamstruktur der bedrohten Institutionen zu einer „Eingriffsverwaltung“ zwingen, wo er jede Maßnahme nicht nur anordnen, sondern auch selbst durchführen muß.

Die Besatzungsmacht soll durch diesen konstruktiven Ungehorsam vor das Problem gestellt werden, als Ersatz für die zu verhaftenden unbotmäßigen Bürger qualifizierte Kollaborateure oder eigene Fachkräfte bereitzustellen. Durch die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration soll potentiellen Aggressoren klar gemacht werden, daß ein Besatzungsregime nicht nur eine große Zahl von Soldaten, sondern auch ziviles Personal im Umfang einer regelrechten Umsiedlungsaktion binden würde.

Im Zweiten Weltkrieg hat die Anpassungspolitik der einheimischen Verwaltung es ermöglicht, daß wenige deutsche Zivilbeamte die Besatzungspolitik im Stile der Auftragsverwaltung leiteten. Das Minimum wurde in Dänemark mit nur 200 deutschen Beamten erreicht. Der deutsche Reichsbevollmächtigte in Dänemark, Doktor Best, verwies jedoch zur Rechtfertigung seiner zurückhaltenden Besatzungspolitik auf Norwegen als warnendes Gegenbeispiel. Dort würde für dieselbe Aufgabe, aber bei passivem Widerstand der Norweger, die fünfzehnfache Zahl deutscher Beamten benötigt.

Auch aus dem Ruhrkampf liegen einige Daten über die Auswirkungen einer Strategie der Weiterarbeit ohne Kollaboration vor, wenn hier auch noch zu bedenken ist, daß man wegen der Improvisation des Widerstandes häufig vom konstruktiven Ungehorsam zur weniger ausländisches Personal bindenden Arbeitsniederlegung überging. Als die 170.000 deutschen Eisenbahner sich weigerten, Kohle nach Frankreich und Belgien zu transportieren und nur 400 kollaborierten, mußten 9.079 französische und

957 belgische Beamte eingesetzt werden, um diese Aufgabe notdürftig zu übernehmen. Auf dem Höhepunkt des Kampfes waren 90.000 Soldaten und 10.000 französische und belgische Zivilbedienstete im Ruhrgebiet.

Die Arbeitsteilung der modernen Industriegesellschaft bringt es mit sich, daß eine Besatzungsmacht für diejenigen Widerstandskämpfer, die sie wegen zivilen Ungehorsams liquidiert, gleichermaßen qualifizierte Spezialisten als Ersatzleute bereit haben muß. Das Angebot an qualifizierten Kollaborateuren dürfte in einer Gesellschaft mit einem breiten Konsensus über den Wert bestimmter Grundrechte jedoch nicht ausreichen. So hat in Dänemark 1943 der Reichsbevollmächtigte Doktor Best es abgelehnt, daß die dänischen Nationalsozialisten die Regierung übernehmen. Best gab zu bedenken, daß Frits Clausen, der „Führer“ der DNSAP sich „mit gänzlich unbedeutenden und zum Teil minderwertigen Mitarbeitern umgeben“ habe. Eine Besatzungsmacht wird normalerweise einkalkulieren müssen, daß sie Fachleute aus der eigenen Verwaltung und Industrie herausziehen muß, um für ihr Regime auch nur notdürftige Brückenköpfe im sozialen System des besetzten Landes zu schaffen.

Wenn aber eine potentielle Besatzungsmacht damit rechnen muß, daß sich die Nichtzusammenarbeit auf die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche erstrecken wird, wird die sich wahrscheinlich bei einem Gegner, dessen Bevölkerungszahl nicht mehrfach kleiner als die eigene ist, vor unüberwindliche personalpolitische Probleme gestellt sehen. So wäre Israel selbst bei militärischer Überlegenheit außerstande, das militärisch besetzte Gebiet auf volkreiche Teile der arabischen Staaten auszudehnen. Auch wenn die Besatzungsmacht über ein großes zahlenmäßiges Übergewicht verfügt, dürfte doch im Falle einer Vollbeschäftigung (der qualifizierten Spezialisten, nicht der ungelehrten Arbeiter) im eigenen Land eine Besatzungspolitik ungemein kostspielig, auf jeden Fall aber wirtschaftlich unrentabel sein. Für solche Kosten-Gewinnkalküle sind nicht nur Kapitalisten, sondern auch kommunistische Regime zugänglich, da ihre langfristigen Pläne durch zusätzliche Aufgaben in besetzten Gebieten gestört würden.

Beeinflussung des Besatzungspersonals

Wenn die wirtschaftliche Ausbeutung als Aggressionsgrund entfällt und die territoriale Kontrolle eines Gebietes für die hochgradig mobile moderne Kriegführung immer weniger wichtig wird, dann bleiben noch ideologische Motive für eine Aggression übrig; zu denken wäre hier vor allem an eine völkisch begründete Eroberung von „Heimaterde“, was bei den israeli-

schen und arabischen Nationalisten heute noch eine gewisse Rolle spielt, oder zu denken wäre auch an das Sendungsbeußtsein religiöser oder politisch-dogmatischer Fanatiker, wie sie in der Geschichte mehrfach aufgetreten sind. Hohe materielle Kosten wirken zwar auch auf fanatische Ideologen (oder zumindest deren Anhang) ernüchternd, aber die Verteidiger werden zunächst einmal davon ausgehen müssen, daß ihre Warnungsstrategie den potentiellen Aggressor auch auf der ideologischen Ebene zu treffen und ihm die Grenzen seiner Macht zu zeigen hat.

Der gewaltfreie Widerstand hat zwar in hohem Maße die Qualität des moralischen Appells, aber bei der Sozialen Verteidigung kann es nicht allein darum gehen, die moralischen Maßstäbe der Verteidiger durch unerschütterliches freiwilliges Leiden auf die Aggressoren zu übertragen und schließlich das Herz des Tyrannen zu erweichen; die Verteidiger haben vielmehr davon auszugehen, daß der ihnen und dem Aggressor gemeinsame Maßstab das Rechnen in den Kategorien von Machtgewinn und Machtverlust ist. Die Verteidiger betrachten den Aggressor nicht als einen monolithischen Block von Feinden, sondern als ein konfliktgeladenes System, dessen Aggression sogar auf eine innere Krise hindeuten kann. Der Aggressor wird immer dann die Warnungswirkung zu berücksichtigen wissen, wenn er vermuten muß, daß die Widerstandsmaßnahmen der Verteidiger seine Macht — über die direkte Anhängerschaft oder die bislang passiv sich Anpassenden — zu schmälern oder aufzuheben imstande ist. So hat Vidkun Quisling 1942 in Norwegen seine Pläne für die Errichtung eines nordischen Ständestaates aufgegeben, als er merkte, daß der anhaltende Widerstand der Lehrer gegen den nationalsozialistischen Lehrerbund als erste ständische Einrichtung ihm die gesamte norwegische Bevölkerung nur noch weiter entfremden und die Mißachtung der deut-Besatzungsmacht einbringen würde.

Die politischen und moralischen Kosten einer Okkupation lassen sich von den den Verteidigern durch Konfrontationstaktiken noch steigern. Die Soziale Verteidigung kann zwar keine Grenzen und kein Territorium schützen, aber auch sie kennt soziale Schlüsselstellungen und politische Grenzlinien, um die wie früher im Krieg unter Einsatz des Lebens gekämpft wird. Für die gesamte Bevölkerung ist eine dieser neuen Grenzen die Informations- und Versammlungsfreiheit. Wie der Kampf um diese Grenze aussehen kann, haben die Tschechoslowaken im August 1968 sieben Tage lang gelehrt mit der Einberufung des 14. Parteitages, ihren Freiheitssendern, ihren Sitzprotesten, ihren Betriebsversammlungen, ihren Plakaten, Flugblättern und Sonderausgaben der Zeitungen.

Die Konfrontationstaktik erfordert, daß die Verteidiger nicht furchtsam abwarten, ob sie auf der schwarzen Liste der Aggressoren und ihrer Kollaborateure stehen, sondern daß sie mit demonstrativen öffentlichen Widerstandsaktionen das Gesetz des Handelns an sich ziehen. Die Konfrontationstaktik soll die Aggres-



Am 17. März zogen 1 500 weiße und farbige Bürgerrechtler unter Führung von Dr. Martin Luther King durch die Straßen von Montgomery in Alabama und protestierten gegen das Vorgehen berittener Landpolizei gegen eine Bürgerrechtsdemonstration am Tag zuvor.

soren vor die Entscheidung stellen, die Widerstandskämpfer entweder offen zu unterdrücken oder gewähren zu lassen. Diese Entscheidung soll möglichst in einem von den Verteidigern gewählten Konfliktfall an einem von ihnen gewählten Ort und zu einem von ihnen gesuchten Zeitpunkt fallen.

Solche Konfrontationen ergeben sich jedoch nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch im Zuge der normalen Weiterarbeit ohne Kollaboration. Der konstruktive Ungehorsam der Verteidiger soll den Aggressor zwingen, an den einzelnen Arbeitsplätzen den Versuch zu machen, durch Androhung von Gewalt Gehorsam zu finden. Bei diesem Versuch begibt sich der Aggressor jedoch in höchste Gefahr. Muß er doch seine Truppen und sein ziviles Personal für solche Konfrontationen in kleine Gruppen aufteilen und sie in den Dschungel des Widerstandes schicken. Muß der Aggressor nicht damit rechnen, daß seine Anhänger und gezwungenen Mitläufer in den persönlichen Dialogen, in die sie nun geraten, von den Argumenten und der Haltung der Verteidiger beeindruckt sein werden?

In der Tschechoslowakei konnten im August 1968 die Okkupanten die Großzahl ihrer Truppen noch in geschlossenen Kontingenten außerhalb der Städte in Zeltlagern unter Kontrolle halten. Die ersten Gespräche fanden zwischen tschechoslowakischen Fußgängern und Panzerinsassen statt. Wie hätte es um die Truppenmoral gestanden, wenn die Besatzungssoldaten hätten aus den Fahrzeugen aussteigen und in den Fabriken, den Verwaltungen, den Schulen und Universitäten Verhaftungen durchführen müssen und wenn sie dabei in Diskussionen hineingezogen worden wären? Auf dieser ideologischen Gefährdung der Okkupanten und den materiellen Kosten, die einer Interventionsstreitmacht entstehen, wenn sie qualifizierte Zivilisten aus der eigenen Verwaltung und Wirtschaft abziehen muß, beruht die Wirkung der Strategie der dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration. Die Vorbereitung auf die Soziale Verteidigung fordert daher vor allem die Einübung der Normalität für abnorme

Umstände. Grundsätzlich wäre der „Sieg“ der Sozialen Verteidigung darin zu sehen, daß der Besatzungsmacht die Kosten des Unternehmens zu hoch werden und sie sich wieder zurückzieht. Ein dauerhafter Friede käme dann zustande, wenn dieser Rückzug auf einen politischen Richtungswechsel im Lager des Aggressors und nicht nur auf eine neue Kalkulation zurückgeht. Die Strategie der Sozialen Verteidigung rechnet damit, daß unter dem Eindruck des gewaltfreien Widerstandes in dem besetzten Gebiet die interne Opposition im Lager des Aggressors so anwächst, daß es zu offenen gewaltfreien Widerstandsaktionen und zu einem Kurswechsel kommt. In diesem indirekten Sinne soll die Soziale Verteidigung auch gegenoffensiv wirken. Wie die militärische Verteidigung kennt auch die Soziale Verteidigung die Möglichkeit der „Niederlage“. Die größten Gefahren sind opportunistische Anpassung und Kollaboration, nicht minder schädlich können sich jedoch gewaltsame Sabotage und patriotische Vergeltungsaktionen auswirken, weil solche Gewaltakte der Besatzungsmacht die moralische Rechtfertigung für die verschärfte Unterdrückung auch des gewaltlosen Widerstands geben. Eine Niederlage müßte jedoch nicht endgültig sein. Da die Lebensfähigkeit als moderne Industriegesellschaft im Unterschied zu einem nuklearen Krieg erhalten bleiben und auch die Menschenverluste sich in engen Grenzen halten dürften, könnte sich die Widerstandsfähigkeit im Lauf weniger Jahre erneuern und könnten die Besiegten im politischen Spiel oder in offenen Widerstandsaktionen Zug um Zug ihre Selbständigkeit zurückerlangen. Es gibt dafür historische Beispiele. Obwohl der passive Widerstand an der Ruhr nach wenigen Monaten abgebrochen werden mußte, konnten seine politischen Ziele auf diplomatischem Weg nachträglich doch verwirklicht werden. Eine vergleichende historische Studie der Dauer und der Wirkung von Besatzungsregimen könnte ergeben, daß auch eine „Niederlage“ in der Sozialen Verteidigung immer noch einem sogenannten „Sieg“ in einem modernen nuklearen Krieg vorzuziehen wäre.

SOZIALE VERTEIDIGUNG ALS ÖKOLOGISCHE NOTWENDIGKEIT

Von Gerda Zellentin

I
Frieden hat eine konstitutive Dimension, die selbst in der Friedensforschung meistens abgelehnt wird, nämlich die ökologische. Tatsächlich ist Frieden zwischen Menschen ohne einen Frieden mit der Natur nicht zu schließen. Einige Beispiele machen das deutlich: Keine noch so gleichmäßige Verteilung von Gütern in der Welt kann Frieden schaffen, wenn diese zu Lasten der Natur produziert und konsumiert werden; auch der supranationale Zusammenschluß von Staaten sichert den Frieden nicht, wenn die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher werden durch Ballung von Menschen und Produktionen um die Metropolen und Verödung ganzer Landstriche an der Peripherie; und schließlich zeigt die angeblich friedensgarantierende Massierung von Waffengewalt in Machtblöcken verheerende Auswirkungen auf die natürliche Umwelt, die die abträglichen gesellschaftlichen Folgen noch potenzieren.

Die Herstellung und Sicherung des Friedens kann heute nicht mehr nur mit der Erhaltung bestimmter Menschengruppen und ihrer Werte begründet werden; vielmehr umfaßt sie (nicht zuletzt aus Überlebensgründen) auch die Verteidigung einer gedeihlichen Umwelt, d.h. solcher Bedingungen, unter denen sich das Leben in wachsender Vielfalt reproduzieren kann.

Frieden ist daher zu verstehen als ein sozialer Prozeß, der die Ganzheit von Natur und Gesellschaft erfaßt, indem ökologische Notwendigkeiten und soziale Interessen mit friedlichen Mitteln zum Ausgleich gebracht werden.

Diesem Ziel dient auch die soziale Verteidigung als einzige Kampfform, in der dieser Ausgleich umwelt- und sozialverträglich, ohne Waffengewalt vollzogen werden könnte.

II
Da sich Friedlosigkeit und Vernichtung zuerst im Verhältnis zwischen Mensch und Natur manifestieren, formiert sich eine ökologisch aufgeklärte soziale Verteidigung lange bevor ein Schuß fällt, denn Krieg ist nur die Fortsetzung der sozialen und ökologischen Zerstörung mit denselben Mitteln. Gewalt gegen Mensch und Natur wird bereits durch die Produktion, Lagerung und Erprobung von Waffen — z. B. durch zunehmende Landnahme für militärische Zwecke, Flurschäden bei Manövern, Verödung und Vergiftung ganzer Landschaften durch Waffenver-

suche, Unfälle mit strahlenden Sprengköpfen, Vergeudung von Rohstoffen, Energie, Forschungskapazitäten etc. — ausgeübt, ihr kriegerischer Einsatz verstärkt sie nur schlagartig.

Wenn Waffen dergestalt Gewaltverhältnisse schaffen, dann sind sie prinzipiell zur Friedenssicherung nicht geeignet. An vielen Beispielen aus der Geschichte läßt sich nachweisen, wie großflächige ökologische Zerstörungen durch den Bau oder die Anwendung von Waffen zu Verarmung und Barberei geführt haben. Rüstungsproduktion → Rohstoff- und Energiemangel → perzipierte (Versorgungs)Unsicherheit im internationalen System und → wachsende Rüstungsproduktion ... usf. bewegen sich in einem Teufelskreis, in dem Sicherheit unmöglich wird.

III
Es ist zu beobachten, daß jede Gesellschaft ein ihren Strukturen, Technologien und Energien entsprechendes Rüstungskonzept entwickelt; dabei werden die Waffen auf einem technologischen Niveau gefertigt, das dem der zivilen Produktion „überlegen“ ist. Die staatlich finanzierten destruktiven Kräfte sind also (zumindest in den Industriegesellschaften) stärker als die produktiven Kräfte.

Ausgehend von dieser Beobachtung ist zu erkennen, daß die soziale Verteidigung für den Schutz großtechnologischer, atomgetriebener Wachstumsgesellschaften nicht geeignet ist. Vielmehr verteidigt sie die Bedingungen und Ansätze einer Gesellschaft, in der Lebensqualität und Selbstbestimmung das wirtschaftliche und politische Handeln bestimmen. Von der militärischen Verteidigung ideologischer Machtblöcke und abstrakter Wirtschafts- und Eigentumsordnungen, zu der die Bürger bezeichnenderweise mit Staatsgewalt ‚gezogen‘ werden müssen, unterscheidet sie sich dadurch, daß sie erfahrene Lebensräume, selbstgestaltete Lebensformen und Werte schützt, und zwar gegen jeden Angreifer, gleich, ob aus einem fremden oder aus dem eigenen Land.

Diesen Unterschied gilt es besonders in den politischen Auseinandersetzungen hervorzuheben, die sich häufig auf den zweifelhaften Vergleich der Sicherheitseffizienz der militärischen und sozialen Verteidigung konzentrieren. Soziale Verteidigung ist ein Konzept, das erst bei Schießkrieg und unter Fremdherrschaft zur Anwendung kommt. Wie gesagt, die verkoppelte Eskalation von wirtschaftlichem Wachstum und Aufrüstung läßt er-

kennen: Der Krieg ist im vollen Gange, in der tagtäglichen Zerstörung durch Hunger, Arbeitslosigkeit, Vergiftung und Vernichtung natürlicher Vielfalt. Deshalb wird auch der Widerstand gegen eine Besetzung schon heute geübt, die in Gestalt der Technik, wie E. Block sagt, „in der Natur (steht) wie eine Besatzungsarmee in Feindesland.“

Indem die soziale Verteidigung der wachsenden Militarisierung von Natur und Gesellschaft widersteht, hilft sie kriegerische Konflikte zu vermeiden.

IV
Soziale Handlungskonzepte, einschließlich der auf Frieden gerichteten, sind nur unter der Voraussetzung erfolgreich durchzusetzen, daß Ziel und Mittel sich in ihrer Beschaffenheit entsprechen. Das heißt: Frieden ist ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Frieden mit der Natur, als Grundbedingung des Friedens zwischen Mensch verlangt daher, daß das Sicherheitssystem auf die Notwendigkeiten eines intakten Ökosystems eingestellt wird.

Das geschieht vor allem durch die Beachtung der energetischen Belastungsgrenzen der Ökosphäre. (Waffen-)Gewalt ist, physikalisch gesprochen, ein großer und plötzlicher Energieumsatz. Je nach Volumen und Dichte der umgesetzten Energie kann die dabei u.a. freiwerdende Abwärme Atmosphäre, Wasser und Boden dermaßen beeinflussen, daß es zu unvorhersehbaren Veränderungen des Klimas, der Flora und Fauna kommt. Erträgliches Leben auf dieser Erde ist daher nur mit gewaltfreien, d.h. vornehmlich durch soziale Energie gehaltenen Formen der Verteidigung zu sichern, die die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit nicht überschreiten.

Die hierfür notwendige soziale Energie bildet sich dort, wo Sicherheit bedeutet, sich selbst, die Familie, den Besitz und die Heimat aber auch selbstbestimmte Produktionsstätten zu schützen (anstatt mögliche Angreifer zu vernichten).

Lernen immer größere Teile der betroffenen Bevölkerung im Kampf um bessere Lebensbedingungen ihre Sicherheit mit Mitteln herzustellen, die sozial beherrschbar sind, dann könnte daraus eine glaubwürdige Alternative zur Abschreckung entstehen: ein möglicher Aggressor wird ohne Bedrohung, aber in einer zermürbenden Kommunikation mit einer solidarischen Bevölkerung davon abgehalten, seine Kriegsziele durchzusetzen.

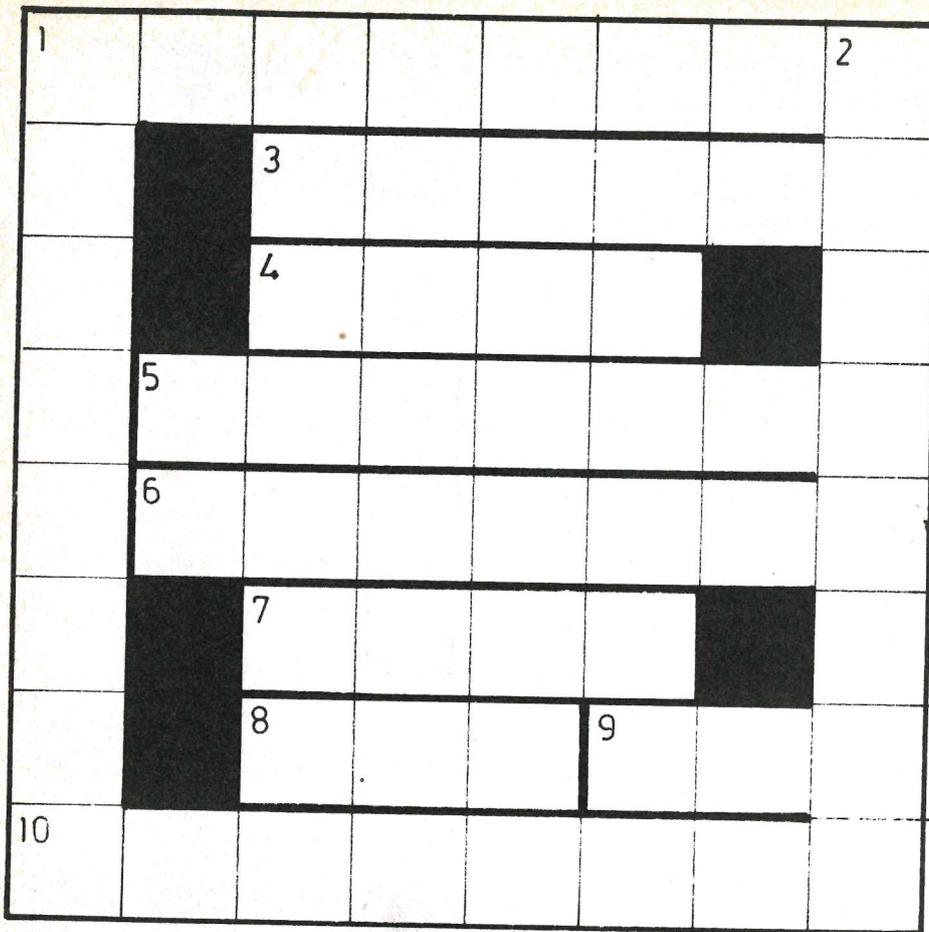
Unser Wort zum Sonntag



Von Hans Bischlager

Man kann sich fragen, wer es nun eigentlich war, der diese Massen von Atomsprenköpfen und Raketen angehäuft hat. Die da oben, Präsident, Kanzler, Minister? Ja, aber wir haben sie gewählt und Steuern gezahlt. Mehr als zwanzig Jahre konnten die Inhaber der Macht fast unbehelligt von ihrem Volk eine Runde nach der anderen im Rüstungswettlauf drehen. Man hatte kein Interesse an dem, was die da oben machten, zugleich aber eine Art von Urvertrauen, daß sie es schon richtig machen würden. Blinder Glaube an die Obrigkeiten und die gescheute Mühe des selbständigen Denkens waren der „fruchtbarste“ Boden für eine Politik der Hochrüstung. Warum aber meldeten sich nicht wenigstens die Christen zu Wort, da ihrer Botschaft vom Reich Gottes doch nichts so sehr zuwiderlaufen mußte als das unaufhörliche Anhäufen von Gewaltmitteln und Mordwerkzeugen? Vielleicht wären sie aufgestanden, hätten nicht bei ihnen die Obrigkeiten, die Hirten und Oberhirten die entscheidende Rolle gespielt. Die aber lenkten den Blick ihrer Untergebenen nach Kräften von solch irdischen Kümmernissen ab und hin zu Höherem.

1982 erscheint das Bild etwas gewandelt. Die amerikanischen katholischen Bischöfe schreiben einen Hirtenbrief, in dem sie nicht nur die Anwendung von Atomwaffen, sondern auch die Drohung mit solcher Anwendung verurteilen, womit eine Ablehnung der ganzen Abschreckungsphilosophie einhergeht. Dies läßt aufhorchen, hätte man doch von einer „Institution mit untadeliger, antikommunistischer Vergangenheit“ (Washington Post) einen solchen Schritt nicht erwartet. So weit, so gut. Wäre aber, so frage ich mich, für eine wirkliche Alternative zur herrschenden Hochrüstungspolitik nicht mehr verlangt als das Umschwenken der kirchlichen Obrigkeiten? Wenn die Rüstungswettlauf-Politik gut gedieh auf dem Boden der Obrigkeitsgläubigkeit und des Verzichts auf selbständiges Denken, so muß man annehmen, daß eine alternative Sicherheitspolitik ein wirklich solides Fundament nur finden kann in denjenigen Menschen, die aufgehört haben, für alles und jedes sich an Autoritäten zu klammern. Das Schielen nach dem zustimmenden Nicken von oben gehört nicht zu den Verhaltensweisen, die auch in unserm Land schon enorme Kräfte für eine neue Sicherheitspolitik freigesetzt haben.



RÄTSEL

Waagrecht:

- 1 Griech. Sagengestalt, Tochter des Ödipus, widersetzt sich den ungerechten Gesetzen des Herrschers widersetzte und gehorchte den Göttern.
- 3 Indischer Politiker, beeinflusst von der Idee des Nichtverletzens, entwickelte die Methode des waffenlosen Kampfes, der auf Nichtbeteiligung (Non-cooperation) an der britischen Institution und auf bürgerlichem Ungehorsam beruhte.
- 4 Vorkämpfer der Gleichberechtigung der Neger in den USA, Vertreter des gewaltlosen Widerstandes; wurde 1968 ermordet.

5 Das Konzept der Sozialen Verteidigung wurde in den 60-er Jahren in den USA, in England und der BRD entwickelt. Nachname des englischen Vertreters. (Vorname: Adam)

6 Zwangsmaßnahme, bei der durch Ächtung und Nichtbeachtung der wirtschaftliche, soziale oder politische Ruin erreicht werden soll. Kann sich gegen Einzelpersonen, Unternehmen oder Staaten richten.

7 Extremer Nationalist, versuchte im März 1920 in Berlin die Reichsregierung Ebert zu stürzen (... Putsch); scheiterte an fehlender Unterstützung der Bürokratie, die die Zusammenarbeit mit dem ungerechten Regime verweigerte.

8 lateinisch „Friede“

9 Abkürzung einer großen internationalen pazifistischen Organisation

10 Europäisches Land, in dem während der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg gewaltloser Widerstand (durch Ungehorsams- und Nichtzusammenarbeitkampagnen) praktiziert wurde. Am bekanntesten ist der Widerstand der Lehrer, der 1942 seinen Höhepunkt erreichte.

Senkrecht:

1 Einverleibung fremden Staatsgebietes gegen den Willen des betroffenen Staates, häufig nach siegreichem Krieg.

2 Deutscher Physiker, Begründer der Relativitätstheorie, Nobelpreis 1921, emigrierte 1933 nach den USA. Pazifist und Antimilitarist, betrachtete die Kriegsdienstverweigerung als effektivstes Mittel zur Verhinderung des Krieges.



Bücher

Alternativen Europäischer Friedenspolitik

Herausgeber: Arbeitskreis atomwaffen-freies Europa, Friedrichshallerstr. 17, 1000 Berlin 33. 335 S., 17 DM. Lieferung gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Rudolf Steinke, Kto Nr. 291 39-108, PSA Berlin

Frieden schaffen mit andern Waffen

Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik. Herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie. 249 S., Hamburg 1981, rororo 4939/7,80 DM.

Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft

Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit. Von Andreas Buro. 230 S., Verlag 2000, Offenbach 13 DM.

Rüstung und Frieden

Der Widersinn der Sicherheitspolitik. Von Alfred Mechttersheimer. 295 S. Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig 1982. 32 DM

Weder rot noch tot

Überleben ohne Atomkrieg. Eine sicherheitspolitische Alternative. Von Jochen Löser. 280 S., Olzog Verlag München 1981, 12,80 DM.

Verteidigung und Frieden

Politik mit militärischen Mitteln. Von Horst Afheldt. 345 S., dtv-Band 1453, 9,80 DM.

Verteidigung ohne Schlacht

Emil Spannocchi: Verteidigung ohne Selbstzerstörung
Guy Brossolet: Das Ende der Schlacht, 218 S., dtv-Band 1454, 7,80 DM.

Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen!

Handreichung für Friedensgruppen und Friedensstreiter. Herausgeber: Gruppe Friedens-Manifest '82. Bestellungen durch Vorauszahlung von 5 DM beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, 6121 Sensbachtal, Kto Nr. 391 881-600 PSA Frankfurt.

Wahnsinn mit Methode

Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP. Von Rudolf Bahro. 144 S., Verlag Olle & Wolter 1982, 12,80 DM.

Soziale Verteidigung

Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie, Bd. 2: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands. Von Theodor Ebert. 194 S., Waldkircher Verlagsgesellschaft 1981, je Bd. 8,90 DM.

Anders verteidigen

Von Johan Galtung. Herausgegeben von Freimut Duve. 320 S., Hamburg 1982, rororo 4932, 12,80 DM.

Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren

Probleme, Beispiele, Strategien. Herausgegeben von Adam Roberts. 311 S., Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1971

Abschied vom Leviathan

Ökologische Aufklärung über politische Alternativen. Von Gerda Zellentin. 240 S., Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1979.

Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat

Von Henry David Thoreau. 86 S., Diogenes Verlag Zürich.

Graswurzelrevolution

Soziale Verteidigung (Sondernummer)
Vertrieb: „Graswurzelrevolution“ c/o Willi Derenbach, Postfach 100 216, 59 Siegen 1, Einzelheft 3 DM + Porto

Frieden schaffen ohne Waffen

Aktionshandbuch. 219 S., Herausgeber: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., Lamuv Verlag 1981, 7,80 DM.

Krieg ohne Waffen?

Studie über Möglichkeit und Erfolge sozialer Verteidigung. Kapp-Putsch 1920/Ruhrkampf 1923/Algerien 1961/CSSR 1968. Von Anders Boserup und Andrew Mack. 155 S., Hamburg 1974. rororo 1710, 5,80 DM.

Politik ohne Gewalt?

Beispiele von Gandhi bis Càmara. Herausgegeben von Hans Jürgen Schultz. 179 S., Frankfurt 1976, Suhrkamp Taschenbuch 330.

Gewaltfreie Aktion

Vierteljahresschrift für Frieden und Gerechtigkeit. Herausgegeben von Theodor Ebert. ca. 72 S., Jahresabonnement 12 DM, Vertrieb: Gernot Jochheim, Klepertstr. 5, 1000 Berlin 48

Bertha von Suttner

Eine Frau kämpft für den Frieden. Von Beatrix Kempf. 143 S., Freiburg 1979. Gekürzte Neuauflage. Herderbücherei Band 697.

Über den Ungehorsam

und andere Essays. Der Ungehorsam als ein psychologisches und ethisches Problem / Gründe für einseitige Abrüstung / Zur Theorie und Strategie des Friedens. Von Erich Fromm. 155 S., Deutsche Ausgabe 1982. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Bereit zum atomaren Selbstmord?

Tonbandprotokoll der Podiumsdiskussion vom 2.10.81 in München mit Frank Barnaby, Erhard Eppler, Alfred Mechttersheimer, Hermann Scheer, Carl Amery, Leitung: Volker Rittberger. ca. 100 S., 6 DM. Herausgeber: Initiativkreis Neue Sicherheitspolitik, c/o Waltraud Günther, Amalienstr. 89, 8000 München 40

Zitate

„Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.“
(Konrad Adenauer 1946)

„Es ist eigentlich unbegreiflich, daß man überhaupt leben und zu verkehren vermag inmitten all dieser Vernichtungsdrohungen, ... daß man höfliche und sogar wohlwollende Umgangsformen bewahrt, während man sich darauf vorbereitet, einander gegenseitig auf das Allerausgiebigste zu zerfleischen.“
(Bertha von Suttner)

„... da muß die Kirche ein bedingungsloses ‚Nein!‘, ein ‚Nein ohne jedes Ja‘ sprechen und die Forderung erheben und zu ihrer politischen Durchsetzung beitragen: ‚Wir wollen ohne diese Waffen und ohne diese Rüstung leben!‘“
(Aus der Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes)

„Wo nur eine Wahl besteht zwischen Feigheit und Gewalt, da rate ich zur Gewalt ... Aber ich glaube eben, daß die Gewaltlosigkeit der Gewalt unendlich überlegen ist.“
(Mahatma Gandhi)

„... wenn aber das Gesetz so beschaffen ist, daß es notwendigerweise aus dir den Arm des Unrechts an einem anderen macht, dann, sage ich, brich das Gesetz.“
(Henry David Thoreau)

„Die Menschheitsgeschichte begann mit einem Akt des Ungehorsams, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie mit einem Akt des Gehorsams ihr Ende finden wird.“
(Erich Fromm)

„Auf lange Sicht kann nur eine radikale Veränderung der Gesellschaft einen dauernden Frieden schaffen.“
(Erich Fromm)

„Vielleicht tun Industriekapitäne, die die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern enger knüpfen, in diesem Sinne viel mehr für den Frieden als wir Friedensforscher.“
(Hylke W. Tromp, Direktor des Polemologischen Instituts an der Universität Groningen)

„Waffenlos im groben Sinne des Wortes hat Deutschland seine starke Wehr im Willen des freien Mannes. Mit Armeen kann man Kolonialländer erobern, aber man wird damit keinem Industriegebiet Produktivität abgewinnen können.“
(Reichskanzler Kuno 1923, als französische und belgische Truppen kampfflos das Ruhrgebiet besetzten)

MÜNCHEN: 34. Stadtbezirk atomwaffenfrei



Mit Beschluß vom 4.11.82 hat die Bürgerversammlung des 34. Münchner Stadtbezirks ihr Viertel für atomwaffenfrei erklärt. Dieser Stadtteil reiht sich damit in die Kampagne „Schafft eine, zwei, drei, viele atomwaffenfreie Zonen“ ein. „Überleben“-Redakteur Matthias Hoppe stellte bei dieser Gelegenheit das neu geschaffene Symbol „atomwaffenfrei“ am Luise-Kiesselbachplatz, dem markantesten Punkt des 34. Stadtbezirks, vor (Foto). Dieses Symbol soll bundesweite Verbreitung finden und überall dort angebracht werden, wo Büros, Hausgemeinschaften, Straßen, Orte etc. sich für atomwaffenfrei erklären. Bestellungen über: Dr. Helmut Koch, Orchideenweg 10, 7560 Gaggenau

Das Weihnachtsgeschenk

Sie suchen noch das ideale Weihnachtsgeschenk für Freunde und Verwandte? Hier ist es: ein Abo von *Überleben*. Nicht teuer (12,- DM im Jahr), aber sehr gehaltvoll. Also: Gleich ausfüllen und einsenden.

Jawohl, hiermit verschenke ich den ersten Jahrgang von *Überleben*

(Den Betrag von 12,- DM habe ich auf das Postscheckkonto Nr. 261 144-809, PSchA München, überwiesen / Scheck liegt bei (Nichtzutreffendes streichen).)

Der/die Schenkende

Name/Vorn.

PLZ/Ort

Straße

Datum

Unterschrift

Der/die Beschenkte

(an diese Adresse soll *Überleben* geschickt werden)

Name/Vorn.

PLZ/Ort

Straße

INS c/o W. Günther, Amalienstraße 89, 8000 München 40, Telefon: 089/28 16 64

Sonderkonto des Initiativkreises:

~~W. Günther~~, Postscheckkonto Nr. ~~2611 44-809~~, PschA München, BLZ 700 100 80